Probleme amerikanischer Außenpolitik

Herausgegeben von Professor Dr. Friedrich Berber

Heft 1

Das wahre Gesicht des Kelloggpaktes

von CARL BILFINGER

Heft 2

Die Stimson-Doktrin

von CARL BILFINGER

Heft 3

Der Einbruch der Vereinigten Staaten in die Ibero-Amerikanische Welt

von MIGUEL ANDRADE

Heft 4

Zerstörer gegen Stützpunkte

von WILHELM GREWE

Heft 5

Dollardemokratie USA.

von PAUL HARTIG

Heft 6

Der Mythos der Monroe-Doktrin

von FRIEDRICH BERBER

Heft 8

Die zweite Eroberung Ibero-Amerikas

von HELMUT RUMPF

Heft 9

Die Vereinigten Staaten und Mexiko

von GOTTFRIED PFEIFER

Heft 10

Die Einmischung der USA. in die Revolutionen und Bürgerkriege der westindischen und zentralamerikanischen Republiken

von HANS RÖMER

Heft 11

Die Ausbreitung des Machtbereiches der Vereinigten Staaten von den Ursprüngen bis zur Gegenwart

von OTTO SCHÄFER

Schriftenreihe des Deutschen Instituts für Außenpolitische Forschung

Herausgeber: Professor Dr. Friedrich Berber

Probleme amerikanischer Aussenpolitik

Bearbeitet von Gerhart Jentsch

Heft 7

USA und die Philippinen

von

Dr. Albert Kolb
Professor an der Universität Leipzig



1942

ESSENER VERLAGSANSTALT

Druck von Mänicke & Jahn KG., Rudolstadt i. Thür.
Printed in Germany. Verlagsnummer 191.

Inhalt

Einleitung

Der Pazifische Ozean ist geographisch gesprochen ein asiatischer Ozean. Amerika schaut nur mit schmalen, über weite Strecken wüstenhaften Küstenflächen auf ihn hinaus. Oft nur wenige Kilometer von seiner Brandung entfernt, steigt schon die Bergmauer der Kordilleren auf und schließt den überwiegenden Teil des Kontinents vom Ozean ab. Drüben aber an der asiatischen Gegenküste ist schon die kontinentale Front gegliederter. Gewaltige Ströme mit weiträumigen, fruchtbaren Tiefländern ergießen sich in die Randmeere. Vor dem Festlandrand ziehen weitgeschwungene Inselgirlanden vom Eismeer bis in die Tropen. Aus dem Gebiet der Sundabrücken zwischen Festlandasien und Australien quillen schließlich Zehntausende von größeren und kleineren Inseln nach Osten in den Pazifischen Ozean hinein und durchsetzen ihn bis fast vor die Tore Amerikas. All diese Inseln sind von Westen, von Asien her, mit Leben erfüllt worden. Aus dieser Richtung kamen Pflanzen und Tiere, die Menschen, Kulturen und Religionen. Amerika hat sich dem Pazifischen Raum gegenüber immer passiv verhalten. Seine hohen Kulturen in den Hochländern von Mexiko und von Peru strahlten nicht nach Westen.

Erst die Spanier haben von Amerika aus nach Westen gewirkt und ihrem dortigen Kolonialreich die vor den Toren Asiens gelegenen Philippinen angegliedert. Eigentlich zu Unrecht. Denn nach dem Vertrag von Tordesillas aus dem Jahre 1494, der die neuentdeckten und noch zu entdeckenden Teile der Erde unter die beiden iberischen Mächte verteilte, gehörten die Philippinen in den portugiesischen Kolonialbereich. Die ungenaue Kenntnis vom Verlauf der Demarkationslinie hat sie aber damals dem spanischen Weltreich gesichert. Als sich die Vereinigten

Staaten im Jahre 1898 dieses spanischen Außenpostens bemächtigten, suchten besonders spitzfindige Nordamerikaner die Übertretung der geheiligten Monroe-Doktrin dadurch ungeschehen zu machen, daß sie ausgerechnet auf den Vertrag von Tordesillas verwiesen. Durch diese vom Papst Alexander VI. getroffene Entscheidung gehörten die Philippinen überhaupt nicht zu Asien, sondern eben zu Amerika, so folgerten sie. Die Monroe-Doktrin gelte daher auch gerade für sie als dem westlichsten Vorposten der amerikanischen Erdhälfte! Diese „Historiker" hatten sich noch nicht einmal die Mühe gemacht und den tatsächlichen Verlauf der längst überholten Demarkationslinie angesehen. Da war der Herausgeber des Christian Standard schon weit aufrichtiger, wenn er am 20. August 1898 im Hinblick auf die Philippinen empfahl: „to crack the Monroe Doctrine like a shell and to introduce the nation to an enlarged mission" („die Monroe-Doktrin fahren zu lassen und die Nation einer weitergehenden Aufgabe entgegenzuführen")[1].

Waren die Vereinigten Staaten schon bei der frühen Befahrung des Stillen Ozeans mit den Spaniern zusammengestoßen, so war die spanische Macht erst recht auf dem Kontinent erster Gegner der Ausweitungsbestrebungen der Union. Von Mittelamerika aus reichte das spanische Kolonialreich mit einem riesenhaften Glacis nach Nordamerika hinein. Durch seine teils gewaltsame, teils käufliche Angliederung wuchsen die Vereinigten Staaten durch den Kontinent und wurden zur Zweiozeanmacht. Nach der Verselbständigung der übrigen festländischen Besitzungen unter vereinsstaatlicher Mithilfe bestand Spaniens überseeischer Kolonialbesitz nur noch aus einigen westindischen Inseln, vor allem Cuba und Porto Rico, sowie aus den Philippinen.

Schon um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts hatten die Vereinigten Staaten im Anschluß an die Erweiterung ihrer Golfstellung sehr deutliches Interesse für das nur wenige Dampferstunden von Florida entfernte Cuba gezeigt. Der Gegensatz zwischen den Nord- und Südstaaten in der Sklavereifrage verhinderte

---

[1]) The Christian Standard, Cincinnati, XXXIV, 1090, 20. August 1898.

damals einen energischen Zugriff. Dafür schlich sich nordamerikanisches Kapital ein und eroberte die Zuckerrohrfelder. Als man aber die eigenen innerstaatlichen Gegensätze weitgehend beseitigt und sich von den Kämpfen wieder erholt hatte, wurde die cubanische Frage zur Entscheidung getrieben. Wenn wir von Alaska absehen, das 1867 durch Kauf von Rußland erworben werden konnte, so verschaffen sich die Vereinigten Staaten erst gelegentlich der kriegerischen Auseinandersetzung mit Spanien im Jahre 1898 überseeische Außenbesitzungen. Auch die Angliederung der Philippinen ist eine, allerdings wenig rühmenswerte Folge dieses ungleichen Kampfes. Gerade weil die amerikanische Geschichtsforschung sich in diesem Falle weitgehend mit der Angabe begnügt, daß der inselreiche Archipel vor den Toren Asiens für 20 Mill. Dollar von Spanien „erworben" worden sei, muß an den tatsächlichen Hergang kurz erinnert werden.

Der spanisch-amerikanische Krieg und die Eroberung der Philippinen

Mit Präsident Grover Cleveland verließ 1897 der letzte ausgesprochene Gegner einer imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten das Weiße Haus. An seine Stelle trat der Republikaner William McKinley. Er versicherte zwar noch in seiner ersten Botschaft an den Kongreß: „forcible annexation . . . cannot be thought of. That by our code of morality would be criminal aggression" („an eine gewaltsame Annektion kann überhaupt nicht gedacht werden. . . . Nach unserer Moralauffassung würde das ja einen verbrecherischen Angriff bedeuten")[1]), handelte dann aber ganz anders. Unter seinen Mitarbeitern befand sich Theodore Roosevelt, damals als Unterstaatssekretär im Marineministerium. Er war überzeugter Imperialist und ihn darf man auch als den ewig vorwärtstreibenden Expansionisten innerhalb der damaligen amerikanischen Regierung ansehen. Lange vor seinem Amtsantritt schrieb er an seine Schwester: „It is very difficult for me not to wish for a war with Spain" („Es fällt mir sehr schwer, den Krieg mit Spanien nicht herbeizuwünschen")[2]).

Der Aufstand in Cuba, der schließlich zur kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien führte, brach im Februar 1895 los. Seine Anstifter saßen in den Vereinigten Staaten und seine Führer waren zum größeren Teil überhaupt keine Cubaner. Von Anfang an ergriff die amerikanische Regierung für die Aufständischen Partei, duldete zahlreiche Fli-

---

[1]) Congressional Record, 55th Congr., 2nd Sess., S. 4.

[2]) Letters from Theodore Roosevelt to Anna Roosevelt Cowles, New York 1924, S. 177.

bustierunternehmungen und mischte sich unter Berufung auf die Monroe-Doktrin in die inneren Angelegenheiten der spanischen Verwaltung. Die Presse wiegelte die Öffentlichkeit auf und arbeitete dabei mit lügenhaften Berichten und frei erfundenen Schilderungen. So verbreitete „Associated Press" im Januar 1896 die Meldung, die cubanische Hauptstadt La Habana sei von den Aufständischen erobert worden, obwohl diese noch nicht einmal an eine Belagerung, geschweige denn an einen Angriff auf die Hauptstadt denken konnten. Nach dem „New York Journal" vom 29. März 1896 zerstörte der Rebell Maceo mit seiner Aufständischenschar die Stadt Pina del Rio, während er in Wirklichkeit um die gleiche Zeit über 1000 Kilometer davon entfernt war. Als der spanische General Weyler die Revolte energisch niederzuschlagen begann, wurde er zum „Verbrecher" und „Mörder" gestempelt und dazu die unglaublichsten Augenzeugenberichte in den Redaktionsstuben der großen Zeitungen erfunden. „Weyler der Schlächter", „Neue Phase seiner empörenden Verbrechen gegen die Zivilisation", „Gefangene den Haifischen verfüttert", so lauteten die Überschriften der „Evening Sun" am 6. Oktober 1896. Die Aufständischen dagegen waren die Helden und blieben immer Sieger, während sie in Wirklichkeit bei jedem Zusammenstoß mit den regulären spanischen Truppen, denen sie sich allerdings selten stellten, den kürzeren zogen. Der Amerikaner George Brown Rea hat in seinem Buch: „Facts and Fakes about Cuba, New York 1897" den Lügenfeldzug festgehalten.

Mit diesen Lügen und uns heute vertrauten Phrasen vom Kampf für Freiheit, Recht und Menschlichkeit wurde das amerikanische Volk zum Einsatz für die Interessen des Zuckerkapitals aufgeputscht. Die Kirche stand dabei mit in vorderster Front und unterstützte den durch die neuformulierte „manifest destiny" geweckten Glauben von der „schicksalhaften Sendung" und der göttlichen Aufgabe des usamerikanischen Volkes. So schrieb der presbyterianische „Evangelist": „And if it be the will of Almighty God, that by war the last trace of this inhumanity of man to man shall be swept away from the Western hemisphere, let it come!" („Und sollte es der Wille des Allmächtigen Gottes sein, daß die

letzten Spuren solcher Unmenschlichkeit von der westlichen Halbkugel im Wege eines Krieges weggewischt werden sollen, dann mag es so kommen!")[1]) Und eine einflußreiche methodistische Stimme rief: „Should we now go to war, our cause will be just and Methodism will be ready to do its full duty. Every Methodist preacher will be a recruiting officer" („Wenn wir jetzt zum Krieg schreiten sollten, dann ist unsere Sache gerecht und der Methodismus bereit, in vollem Umfang seine Pflicht zu tun. Jeder Methodistenprediger wird dann ein Werbeoffizier sein")[2]). Als dann am 15. Februar 1898 das Schlachtschiff „Maine", das die Vereinigten Staaten als Zeichen ihrer „Freundschaft" nach Cuba gesandt hatten, im Hafen von La Habana in die Luft flog, nahte die Entscheidung. Als Ursache des Unglücks hatte eine usamerikanische Untersuchungskommission die Explosion eines Sprengkörpers, vielleicht einer Mine festgestellt, die von außen her die Schiffswand zerrissen hatte. Dieser Befund wurde nach der Hebung der „Maine" im Jahre 1915 von einer zweiten amerikanischen Kommission bestätigt. Weder die usamerikanischen Untersuchungskommissionen noch irgend jemand sonst hat je den geringsten Beweis dafür erbracht, daß irgendein Spanier mit diesem Anschlag etwas zu tun hatte. Wenn man sich die Frage vorlegt, wem der Untergang der „Maine" nützen konnte, so würde die Antwort eher auf cubanische Aufständische oder deren usamerikanische Hintermänner hinweisen.

Am Tage nach diesem Unglück aber hallte bereits der Schrei nach „Rache" an Spanien von New York bis San Francisco. Aus einer von Amerika ausgegangenen Provokation Spaniens — denn das war die Entsendung der „Maine" nach Havanna gewesen — und ihrem tragischen Ende wurde ohne jeden Grund ein populärer Kriegsvorwand geschaffen, der denn auch beim USA-Volk die erwartete zündende Wirkung hatte.

Die Vereinigten Staaten, die zunächst nur Verwaltungsautonomie für Cuba verlangt hatten, forderten schließlich ohne jede

---

[1]) Evangelist, New York, 31. 3. 1898, S. 6.
[2]) Northern Christian Advocate, Syracuse, LVIII, 232, 13. 4. 1898.

rechtliche Grundlage die völlige Freigabe der Insel durch Spanien. Trotz weitgehenden Entgegenkommens seitens der spanischen Regierung kam es am 21. April 1898 zum Krieg. Dieser schien nur um Cuba zu gehen. Durch das Teller-Amendment war das Kriegsziel der Vereinigten Staaten eindeutig für Volk und Welt klar. Es wurde darin ausdrücklich verzichtet auf „any disposition or intention to exercise sovereignty, jurisdiction, or control over said island, except for the pacification thereof, and asserts its determination when that is accomplished to leave the government and control of the island to its people" („jegliche Vorkehrung oder Absicht, Souveränitätsrechte, Gerechtsame oder Kontrolle über die Insel auszuüben, es sei denn zu ihrer Befriedung, und bekundet seine Entschlossenheit, danach die Regierung sowohl wie Beaufsichtigung der Insel ihrer Bevölkerung zu überlassen")[1]. Die Vereinigten Staaten schienen den selbstlosen, allerdings parteiischen Helfer spielen zu wollen.

Zur Überraschung nicht nur der übrigen Welt, sondern auch des usamerikanischen Volkes eröffneten die Vereinigten Staaten den Kampf nicht in den Gewässern von Cuba, sondern über zehntausend Seemeilen davon entfernt in der B u c h t v o n M a n i l a. Dort erschien in der Frühe des 1. Mai 1898 das usamerikanische Ostasiengeschwader unter dem Kommando von Commodore Dewey und überfiel die bei Cavite nichtsahnend vor Anker liegenden, gänzlich veralteten spanischen Kriegsschiffe. Der ungleiche Kampf endete dann auch trotz ehrenhafter Gegenwehr der Spanier nach wenigen Stunden mit der Vernichtung des spanischen Geschwaders. Dieses verlor dabei 381 Mann, während auf Deweys Schiffen nur 8 Verwundete gezählt wurden. „At best it was little more than the organized and ruthless slaughter of a relatively helpless foe" („Es war bestenfalls eine systematische und erbarmungslose Niedermetzelung eines verhältnismäßig hilflosen Feindes"), schrieb 1936 der usamerikanische Universitätsprofessor Grayson Kirk[2]).

Deweys Seesieg, der in den Vereinigten Staaten wie ein Blitz

---

1) Congressional Record, 55th Congress, 2nd Session, S. 3954.
2) G. Kirk, Philippine Independence, New York 1936, S. 7.

aus heiterem Himmel einschlug, löste beim usamerikanischen Volk einen unvergleichlichen Begeisterungstaumel aus. Den wenigen Einsichtigen war jedoch ebenso wie der übrigen Welt durch diesen Schlag klar geworden, daß der Krieg den Vereinigten Staaten keineswegs allein um Cuba ging, sondern in Wirklichkeit der Vernichtung der letzten Reste des einstigen spanischen Weltreiches galt. Nur im Hinblick auf Cuba hatte man sich aber durch das Teller-Amendment die Hände für die Zukunft gebunden und ausdrücklich auf eine Annektion verzichtet!

Wir wissen heute, daß dieser umfassende Schlag gegen Spaniens Außenbesitzungen durch eine kleine Gruppe führender USAmerikaner von langer Hand vorbereitet war und Cuba nur als Deckmantel diente. So hatte Theodore Roosevelt schon im September 1897 dem Präsidenten den Kriegsplan der Marine gegen Spanien unterbreitet und dabei erklärt: „Our Asiatic squadron should blockade, and if possible take, Manila" („Unser Asiengeschwader muß Manila blockieren und nach Möglichkeit nehmen")[1]). Und einen Monat danach stellte Roosevelt bereits den jungen, ehrgeizigen Dewey an die Spitze des Ostasiengeschwaders und informierte ihn über seine wichtigste Zukunftsaufgabe. Den weitgehenden Plänen der Regierung genügte daher auch nicht der Seesieg von Cavite. Sie organisierte vielmehr sogleich die Entsendung eines Expeditionskorps „to aid the fleet in occupying the city of Manila, and perhaps to drive the Spaniards from the Islands" („zur Unterstützung der Flotte bei der Besetzung der Stadt Manila, und möglicherweise zur Vertreibung der Spanier von den Inseln")[2]).

Es war große Eile nötig, denn man mußte immer gewärtig sein, daß Spanien jeden Augenblick den ungleichen Kampf aufgab und um Waffenstillstand bat. Daß dies zu früh eintreten könnte, war eine große Sorge Roosevelts. Deshalb beschwor er auch bald seinen Freund und einflußreichen Senator Lodge „not to make

---

[1]) H. C. Lodge, ed., Selections from the correspondence of Theodore Roosevelt and Henry Cabot Lodge, New York and London 1925, Bd. I, S. 278.

[2]) G. Kirk, Philippine Independence, New York 1936, S. 8.

peace until we get Porto Rico, while Cuba is made independent and the Philippines at any rate taken from the Spaniards" („nicht Frieden zu schließen, bevor wir Porto Rico haben, Cuba unabhängig gemacht ist und die Philippinen um jeden Preis den Spaniern abgenommen sind")[1]. Tatsächlich kam dann das Waffenstillstandsersuchen der Spanier am 18. Juli 1898 doch noch zu früh. Bevor man darauf einging, besetzte man daher noch schnell die wichtige westindische Insel Porto Rico. Auf den Philippinen hatte man noch nicht einmal Manila eingenommen, geschweige denn die Inseln besetzt. Erst am 13. August zogen die Amerikaner in die Hauptstadt ein, einen Tag, nachdem der Waffenstillstand zwischen den beiden kriegführenden Mächten unterzeichnet worden war! Ganz abgesehen davon, daß diese Besetzung und ihre Aufrechterhaltung dem primitivsten Rechtsempfinden widersprach, war das ganze weite übrige Land in den Händen der aufständischen Filipinos, die die wenigen kleinen spanischen Garnisonen in ihren Standorten einschlossen. Wie die usamerikanische Regierung trotzdem die Abtretung der Philippinen durchsetzte und mit welcher Begründung, ist wert, der Vergessenheit und den Vertuschungsmanövern entrissen zu werden.

Doch zunächst noch ein Wort über die Aufständischen. Unruhen unter den Eingeborenen, die etwa um die gleiche Zeit wie in Cuba ausgebrochen waren, hatte die spanische Verwaltung teils durch Anwendung von Gewalt, teils durch Zugeständnisse unterdrückt. Aguinaldo, der mit einigen seiner Getreuen im Exil lebende Führer der Selbständigkeitsbewegung der Filipinos, wurde sogleich nach Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien von den Amerikanern zur Mithilfe aufgefordert. Man brachte ihn zurück auf die Philippinen und ließ ihn auch eine unabhängige Regierung aufstellen. Noch während des Krieges aber lockerte man die Zusammenarbeit mit der Eingeborenenregierung, die die Philippinen als selbständige, freie Republik zu organisieren bemüht war, und trennte sich schließlich völlig von ihr. Philippinischen Truppen wurde auch

[1]) H. C. Lodge, ed., Selections from the correspondence of Theodore Roosevelt and Henry Cabot Lodge, New York and London 1925, Bd. I, S. 299.

der Einmarsch nach Manila untersagt. Später, als die wahren Absichten der Amerikaner unverhüllt zutage traten, griff Aguinaldo mit seinen Filipinos gegen die Vereinigten Staaten zu den Waffen. Erst nach jahrelangen blutigen Kämpfen wurden die Eingeborenen niedergeworfen und ihnen dabei mehr Blutopfer und Schäden zugefügt, als in den voraufgegangenen dreieinhalb Jahrhunderten der spanischen Herrschaft.

Die Methoden, mit denen das usamerikanische Expeditionskorps und später die Besatzungsarmee den Krieg führten und den Widerstand der Eingeborenen brachen, standen in hellem Gegensatz zu den Humanitätsforderungen des usamerikanischen Volkes und der Empörung, mit der die usamerikanische Regierung Spaniens Kampf gegen die aufgehetzten Cubaner und deren fremde Helfershelfer begleitet hatte. Die Greueltaten usamerikanischer Offiziere und Mannschaften gegen wehrlose philippinische Frauen und Kinder, gegen Gefangene und unschuldige Greise waren so häufig, daß sie sich auf die Dauer nicht verheimlichen ließen. Immer zahlreicher wurden die Augenzeugenberichte in den usamerikanischen Tageszeitungen. Schließlich mußte sich auch der Senat auf seine Art mit diesen Anschuldigungen befassen. In den „Senate Documents“ wurden die ‚Hearings before the Committee on the Philippines of the United States Senate“ 1902 veröffentlicht[1]). Sie enthalten eine Unzahl von beglaubigten Anschuldigungen. Wenige Beispiele müssen hier genügen.

Eine der beliebtesten Methoden, Gefangene zum Sprechen zu bringen und sie zum Verrat militärischer Geheimnisse zu zwingen, war die sogenannte Wasserkur. Korporal D. J. Evans hat unter Eid folgende Beschreibung ihrer Anwendung gegeben. „Sie versuchten ihn zum Reden zu bringen, wo sich der Rest der Insurgenten (philippinische Freiheitskämpfer) befand. Wir wußten ungefähr, wo sie waren, aber wir wußten nicht, wie wir dorthin kommen sollten. In die Berge führte nur ein Weg. Er verweigerte uns, diesen zu nennen. Deshalb begannen sie mit der Wasserkur.

---

[1]) Senate Documents, 57th Congress, 1st Session, Vol. 25, Washington 1902, S. 2061.

Zunächst packte einer der Amerikaner einen der Männer am Kopf und riß diesen zurück. Dann nahmen sie eine Tomatenkonservendose und schütteten ihm soviel Wasser die Kehle hinunter, bis er nicht mehr aufnehmen konnte.“ Er wurde nun mit einem fingerdicken Stock ins Gesicht und auf den entblößten Rücken geschlagen. Durch jeden Schlag entstand ein blutender Striemen. „Als dieser Eingeborene kein Wasser mehr bei sich behalten konnte, steckte man ihm einen Knebel in den Mund. Dann richteten sie ihn auf, fesselten ihm die Hände auf den Rücken, stellten ihn gegen einen Pfosten und banden ihn daran fest, so daß er sich nicht rühren konnte. Dann schlug ihn ein über 6 Fuß grosser usamerikanischer Soldat, der außerdem auch sehr stark war, so fest und so schnell er konnte, hintereinander in die Magengrube.“ Nach etwa vierzig Fausthieben auf den mit Wasser angefüllten Magen war der Filipino zur Aussage bereit.

Diese Wasserkur war bei allen Truppenteilen bekannt. Sie ist auch Zivilisten, ja sogar Frauen gegenüber angewendet worden. Der usamerikanische General Funston, der beschuldigt wurde, diese Foltermethode auf den Philippinen eingeführt zu haben, wies diese Anschuldigung zurück, erklärte aber „. . . sie (nämlich die Wasserkur) ist eine der wirksamsten Methoden und eine der humansten . . . Ich glaube, sie führt selten zum Tod. Ich verurteile jede Foltermethode, aber ich wiederhole, daß die Provokation groß genug ist, um solche Mittel zur Niederwerfung der Verschwörung auf den Philippinen zu benutzen.“[1])

Eine andere beliebte Foltermethode bestand darin, den Filipino, von dem man eine Aussage erpressen wollte, etwa zehn Sekunden lang mit einem Strick um den Hals aufzuhängen[2]). Mit dem gleichen Ziel bearbeitete man aber auch Gefangene mit brennenden Zigarren[3]) oder setzte sie anderen unmenschlichen Qualen aus. Manche Heeresabteilungen brannten ganze Dörfer oder auch

---

[1]) Senate Documents, 57th Congress, 1st Session, Washington 1902, S. 2261.

[2]) Senate Documents, 57th Congress, 1st Session, Vol. 24, Washington 1902, S. 990 f.

[3]) Ebenda, Vol. 25, S. 2260.

kleine Marktsiedlungen nieder, wenn ihnen keine befriedigende Auskunft über ihre Gegner gegeben wurde[1]). Es kam auch vor, daß man kurzerhand Gefangene erschoß, um sie loszuwerden. Selbst der offene Kampf war nicht fair. Man verwendete erbeutete Uniformen des Gegners, schoß auf Träger weißer Fahnen oder auch auf Unbeteiligte und befahl gelegentlich sogar, keine Gefangenen zu machen[2]). Wie undiszipliniert sich zahlreiche Angehörige aktiver Truppen benahmen, lassen die veröffentlichten Straftaten erkennen.

Die Vereinigten Staaten stehen in ihren Kampfmethoden kaum hinter England zurück. Auch ihr Weg zur imperialen Macht führt durch Lachen von Blut, über viele Greuel und zahlreiche Wortbrüche.

Es ist kein Zweifel, daß Aguinaldo zu Beginn des spanisch-usamerikanischen Krieges nur deshalb für den Eindringling zu den Waffen griff, um seinem Volk die Selbständigkeit zu erkämpfen. Er sah in den Amerikanern die Befreier und selbstlosen Helfer und beurteilte sie nach den über Cuba abgegebenen Erklärungen. Außerdem hatte ihn der amerikanische Generalkonsul in Singapore, Spencer Pratt, bei Ausbruch des Krieges glauben gemacht, daß nach Abschluß der Feindseligkeiten „The United States would at least recognize the independence of the Philippines under the protection of the United States navy" („Die Vereinigten Staaten würden mindestens die Unabhängigkeit der Philippinen unter dem Schutz der USA-Flotte anerkennen")[3]). Kaum war jedoch der erste Kriegsmonat zu Ende, da löste Dewey auf Geheiß seines Vorgesetzten in Washington die Zusammenarbeit mit den Eingeborenen, weil sie nicht mit dem wahren Kriegsziel der Vereinigten Staaten vereinbar war. Doch über dieses erfuhr man erst etwas während der Friedensverhandlungen in Paris. Der Waffenstillstandsvertrag hatte darüber nichts verlauten lassen.

Während und nach Abschluß der Feindseligkeiten wurde

---

1) Ebenda, Vol. 25, S. 2328.

2) Ebenda, Vol. 25, S. 2550.

3) Emilio Aguinaldo, Riseña Veridica de la Revolución Filipina, Tarlac 1899, S. 11.

das usamerikanische Volk durch eine ungeheure propagandistische Welle auf die Annektion der Philippinen vorbereitet, von deren Vorhandensein der größere Teil davon vor diesem Krieg überhaupt keine Ahnung hatte. Wie immer gingen dabei Geschäft und Kirche Hand in Hand. Für die großen Handelsfirmen bedeutete der Erwerb der Philippinen die Möglichkeit zur Ausweitung des Handels auf diesem Archipel. Viel wichtiger erschienen die Inseln aber den an der Ausfuhr interessierten usamerikanischen Kreisen als Stapelplatz vor den Toren Chinas, „des größten zukünftigen Marktes der Erde". Die Kirche aber sah hinter Deweys Sieg „Gottes allmächtige Hand, die die Spanier bestrafte und die Vereinigten Staaten zur Christianisierung der Filipinos berief", obgleich dort doch seit über dreihundert Jahren katholische Priester das Christentum predigten und das erste christliche Reich in der gelben und braunen Flut Süd- und Ostasiens aufgerichtet hatten. Die Kirche übertraf mit ihrer Forderung die Wirtschaft und die Politiker. So hieß es noch vor Abschluß des Waffenstillstandes im Religious Telescope am 27. Juli 1898: „The acquiring of the Ladron, the Caroline, and the Philippine islands, and even Cuba, Porto Rico, and the Canaries . . . will be *no violation of the spirit of isolation*" („Der Erwerb der Ladronen, Karolinen- und Philippinen-Inseln, und sogar von Cuba, Porto Rico und der Kanarischen Inseln . . . bedeutet keine Verletzung des Isolierungsgedankens")[1].

Für den „Interior" war die Annektion der Philippinen „a duty in the interest of human freedom and Christian progress" („eine Pflicht im Sinne menschlicher Freiheit und christlichen Fortschrittes")[2]. Und selbst die erste Lady des Landes, Mrs. McKinley, „talked ten to the minute about converting the Igorrotes" („sprach unentwegt von der Bekehrung der Igorroten")[3]. Um was es hinter all diesem Gerede von Gottespflicht, Humanität und manifest destiny in Wirklichkeit ging, hat, allerdings nach

---

[1]) The Religious Telescope, Dayton (Ohio), LXVI, 931, 27. 7. 1898.

[2]) The Interior, Chicago, XXIX, S. 1040, 25. 8. 1898.

[3]) C. S. Olcott, The Life of William McKinley, Boston and New York, Bd. II, S. 111.

gewonnener Schlacht, die Washington Post mit, wie Kirk einmal sagt, „erfrischender Offenheit" ausgedrückt: „all this talk . . . avails nothing, helps us not an inch in the direction of profit . . ." („all dies Gerede . . . hilft uns gar nichts und bringt uns keinen Fußbreit einem Gewinn näher . . .")[1]).

Mit den Stimmen des Handels und der Kirche verband sich die eng mit der wiederaufgelegten manifest destiny verbundene politische Propaganda. Nach ihr hatte die Vorsehung das usamerikanische Volk zu neuen großen Aufgaben aufgerufen, denen sich zu widersetzen nicht mehr im Bereich menschlicher Möglichkeiten lag. Der Präsident McKinley selbst formulierte es so ähnlich, als er am 19. Oktober 1898 sagte: „The currents of destiny flow through the hearts of people. Who will check them, then; who will divert them, who will stop them? And the movements of men, planned and designed by the Master of men, will never be interrupted by the American people" („Die Schicksalsströmungen fließen durch die Herzen des Volkes. Wer könnte sie aufhalten? Wer könnte sie ablenken oder zum Stillstand bringen? Und die Bewegungen der Menschheit, welche von dem Herrn der Menschheit geplant und bestimmt sind, werden niemals durch das usamerikanische Volk gestört werden")[2]). Als zwar nicht das usamerikanische Volk, aber die Filipinos gegen diesen Lauf der Dinge und die Vergewaltigung durch die in ihren Augen wortbrüchig gewordenen Vereinigten Staaten sich auflehnten und gegen soviel Liebe und Menschlichkeit die Waffen ergriffen, formulierte der Präsident die Haltung der usamerikanischen Regierung so: „Did we need their consent to perform a great act of humanity? We had it in every aspiration of their minds, in every hope of their hearts" („Bedurften wir ihrer Zustimmung zur Durchführung eines großen Humanitätswerkes? Wir besaßen diese Zustimmung in jedem Wunsche ihrer Seelen und in jeder Hoffnung ihrer Herzen")[3]). Er folgte dabei dem Sinne nach der von Lodge bei einer anderen Gelegenheit abgegebenen Erklärung: „Small states are of the past and

---

[1]) The Washington Post, 14. 1. 1900.

[2]) Buffalo Express, 13. 10. 1898.

[3]) Congressional Record, 55th Congress, 3rd Session, S. 2518.

have no future" („Kleine Staaten gehören der Vergangenheit an und haben keine Zukunft mehr")[1]).

Mit diesem expansionistischen Wind in den Segeln nahmen die usamerikanischen Vertreter auf der Friedenskonferenz in Paris die Verhandlungen auf. Zunächst verlangte man nur die wertvolle Hauptinsel Luzon mit der Hauptstadt Manila. In der Begründung für diese Forderung, die allen voraufgegangenen Regierungserklärungen widersprach, erinnerte der Präsident erneut daran, daß die Vereinigten Staaten nur für die Humanität und die Moral die Waffen ergriffen hätten. Dann fuhr er mit einem kühnen Appell an das Schicksal fort: „Without any original thought of complete or even partial annexation, the presence and success of our arms at Manila imposes upon us obligations which we cannot disregard. The march of events rules and overrules human action" („Ohne daß anfänglich der Gedanke einer ganzen oder auch nur teilweisen Annektierung bestanden hätte, erlegen uns das Zugegensein und die Erfolge unserer Wehrmacht in Manila Verpflichtungen auf, die wir nicht außer acht lassen können. Der Gang der Ereignisse bestimmt und überschattet jedes menschliche Tun")[2]). Selbst der Amerikaner Kirk findet diese Begründung zumindest „a trifle unfair" („ein bißchen unaufrichtig")[3]). Läßt sich doch in diesem Falle die Hand, die das Schicksal der Vereinigten Staaten lenkte, sehr leicht mit der des Unterstaatssekretärs Roosevelt identifizieren.

Einige Wochen später wurde im Oktober 1898 statt Luzon der gesamte philippinische Archipel gefordert. Der Präsident hatte inzwischen den annektionsfreundlichen Mittelwesten besucht, in dem die manifest destiny leicht den alten Grenzergeist wieder weckte. Wie seine Reden aus jenen entscheidenden Wochen erkennen lassen, hat er gern die Welle der Begeisterung und die Annektionslust gesehen, die durch Presse, Kirche und die republikanischen Parteiführer entfacht worden war. Sie tru-

---

[1]) Forum, XIX.

[2]) Die gesamte Begründung: US Foreign Relations 1898, Washington 1901, S. 904—908.

[3]) G. Kirk, a. a. O. S. 13.

gen ihn zusammen mit dem Rat der Militärs und der wohlwollenden Haltung Englands weiter auf dem Weg des Imperialismus. Am 25. Oktober 1898 ließ er seinen Unterhändlern in Paris mitteilen: „that the acceptance of the cession of Luzon alone . . . cannot be justified on political, commercial, or humanitarian grounds. The cession must be of the whole archipelago . . .“ („daß aus politischen, wirtschaftlichen und humanitären Gründen die Akzeptierung einer Abtretung von Luzon allein . . . nicht zu rechtfertigen sein würde. Die Abtretung muß vielmehr die ganze Inselgruppe umfassen . . .“)[1]. Nach des Präsidenten eigener Darstellung ist ihm diese Lösung der Philippinenfrage wie eine göttliche Erleuchtung des Nachts gekommen, nachdem er die Vorsehung um Führung gebeten hatte. Wir geben seine eigene Darstellung im Wortlaut: „. . . When next I realized that the Philippines had dropped into our laps I confess I did not know what to do with them. I thought first that we would take only Manila; then Luzon; then other islands, perhaps, also. I walked the floor of the White House night after night until midnight; and I am not ashamed to tell you, gentlemen, that I went down on my knees and prayed Almighty God for light and guidance more than one night. And one night late it came to me this way — I don't know how but it came: 1. that we could not give them back to Spain — that would be cowardly and dishonorable; 2. that we could not turn them over to France or Germany — our commercial rivals in the Orient — that would be bad business and discreditable; 3. that we could not leave them to themselves — they were unfit for self-government . . .; and 4. that there was nothing left for us to do but to take them all, and to educate the Filipinos, and uplift and civilize and Christianize them, and by God's grace do the very best we could for them, as our fellowmen for whom Christ also died. And then I went to bed, and went to sleep, and slept soundly, and the next morning I sent for the Chief Engineer of the War Department and I told him to put the Philippines on the map of the United States. . . .“ („Als es mir dann klar wurde, daß uns die Philippinen in den

[1]) Foreign Relations 1898, Washington 1901, S. 935.

Schoß gefallen waren, wußte ich — das muß ich bekennen — nicht, was wir mit ihnen anfangen sollten. Zuerst dachte ich, wir würden nur Manila nehmen; dann Luzon; dann vielleicht auch noch andere Inseln. Ich ging im Flur des Weißen Hauses Abend für Abend auf und ab bis Mitternacht; und ich scheue mich nicht, meine Herren, Ihnen zu sagen, daß ich mehr als einmal niedergekniet bin und den Allmächtigen um Erleuchtung und Führung gebeten habe. Und eines Abends kam mir die Erleuchtung, ich weiß nicht wie, aber sie kam mir: 1. daß wir die Philippinen nicht an Spanien zurückgeben durften — denn das würde feige sein und unehrenhaft; 2. daß wir sie auch nicht an Frankreich oder Deutschland weitergeben durften, unsere Handelskonkurrenten im Osten, — denn das würde ein schlechtes Geschäft und zudem schimpflich sein; 3. daß wir sie auch nicht sich selbst überlassen durften — denn sie waren noch nicht reif für Selbstverwaltung; und 4. daß uns also gar nichts anderes übrig blieb, als sie alle selbst zu nehmen, die Filipinos zu erziehen, emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren und mit Gottes Gnade das Beste für sie zu tun als für unsere Menschenbrüder, für welche Christus ebenso starb wie für uns. Und darauf ging ich zu Bett, schlief ein und hatte einen guten Schlaf, und am nächsten Morgen ließ ich den Chefingenieur des Kriegsministeriums kommen und wies ihn an, die Philippinen auf die Landkarte der Vereinigten Staaten zu setzen")[1]).

Mancher Amerikaner hat schon beim Lesen dieser Darstellung gefragt, weshalb es eigentlich notwendig erschien, ein Volk zu christianisieren, das schon seit Jahrhunderten katholisch war, oder weshalb es unehrenhaft gewesen wäre, die Philippinen an Spanien zurückzugeben, wo man sie doch gar nicht rechtmäßig besaß. Und in der Tat war auch diese Forderung noch nicht einmal kriegsrechtlich begründet. Denn die Philippinen befanden sich zu Beginn des Waffenstillstandes durchaus nicht im Besitz der Amerikaner. Noch nicht einmal Manila war eingenommen. Die spanischen Unterhändler wiesen in verzweifelten Diskussionen immer wieder darauf hin. Als

[1]) C. S. Olcott, a. a. O., Bd. II, S. 110—111.

Kriegsentschädigung konnten die Philippinen auch nicht verlangt werden. Dafür hatte Spanien bereits der Abtretung Porto Ricos zugestimmt. Der spanischen Argumentation konnten sich selbst die usamerikanischen Unterhändler nicht verschließen. Sie formten jedoch ihre Forderung in einen Zwangsverkauf um und boten 20 Mill. Dollar als Preis für ein Land von der Größe der englischen Inseln. Spanien mußte schließlich dem zuletzt ultimativ geforderten Verkauf zustimmen.

Wie große Teile des usamerikanischen Volkes die imperialistische Politik ihrer Regierung mißbilligten, aber vom Annektionsgeschrei der Expansionisten, die die Mittel zur öffentlichen Meinungsbildung weitgehend beherrschten, mundtot gemacht wurden, zeigte der Kampf um den Friedensvertrag im usamerikanischen Senat. Er wurde schließlich am 6. Februar 1899 nur mit der knappsten aller Mehrheiten angenommen.

Damit hatten die Vereinigten Staaten endgültig die Monroe-Doktrin verlassen, die Beschränkung ihrer Politik auf den amerikanischen Kontinent aufgegeben und unter Bruch ihrer bisherigen politischen Grundsätze den Weg des Imperialismus beschritten. England war ihnen dabei großes Vorbild, auch in der Handlungsweise. Man sprach das ganz offen aus. Nun war man die beherrschende Macht im Karibischen Meer geworden und erhob ersten Anspruch auf einen zukünftigen Durchstich der mittelamerikanischen Landbrücke. Im Pazifischen Ozean aber hatte man sich durch Annektion der Hawaiischen Inseln während des Krieges mit Spanien, durch Einverleibung der Philippinen und durch Erwerb zahlreicher kleinerer Inseln ein ausgedehntes Stützpunktsystem geschaffen, das über die ganze Breite des Ozeans bis vor die Tore Asiens reichte. „Der Pazifische Ozean ist unser Ozean", riefen die Schlagzeilen der großen Zeitungen und meldeten damit den alleinigen Führungsanspruch der USA in diesem Großraume an. Theodore Roosevelt hat ihn dann als erster Regierungsvertreter im Jahre 1903 öffentlich erhoben.

In wenigen Monaten waren die Vereinigten Staaten eine imperialistische Großmacht geworden. Doch war ihr Imperialismus „gottgewollt", so wenigstens formulierte es Charles

E. Smith, der damalige Innenminister der Vereinigten Staaten, wenn er sagte: „Our imperialism is not territorial lust, but benignant trade expansion and civilizing influence, and our flag is at Manila, not in any spirit of spoliation, but . . . under the controlling force of a Providential guidance. . . ." („Unser Imperialismus ist keine Gier nach Land, sondern eine segensreiche Handelsausdehnung und ein zivilisierendes Wirken, und deshalb ist unsere Flagge nicht zu irgendeinem Ausraubungszweck in Manila, sondern unter der wachsamen Gewalt einer Vorsehung. . . .")[1]).

---

[1]) New York Tribune, 6. 10. 1898.

Die Hand der Vereinigten Staaten in der philippinischen Wirtschaft

Während man für Ostasien die Politik der Offenen Tür forderte und auch durchsetzte, konnte man nicht zu gleicher Zeit auf den benachbarten Philippinen durch Zollmauern die Handelskonkurrenz anderer Länder ausschalten. Das war einer der Hauptgründe, weshalb die Vereinigten Staaten hier zunächst kaum in die alte spanische Zollgesetzgebung eingriffen. Einen zweiten bildete Artikel 4 des Friedensvertrages von Paris, durch den sich die Spanier während der ersten zehn Jahre der amerikanischen Herrschaft für ihre Waren die gleiche Zollbehandlung sicherten, wie sie der neue Besitzer für seine eigenen vorsah. Unter diesen Umständen ließen die Vereinigten Staaten im wesentlichen die alten Zollbestimmungen aus dem Jahre 1891 bis zum 5. August 1909 in Kraft. Man versäumte jedoch nicht, durch geschickte kleinere Änderungen bestimmten usamerikanischen Gütern, so z. B. den Baumwollerzeugnissen, das Eindringen auf dem philippinischen Markt zu erleichtern. Außerdem ermäßigte der Senat die normalen usamerikanischen Einfuhrzölle für philippinische Waren um 25 v. H. und verfügte noch darüber hinaus, daß die eingehenden Zollgelder auf die Philippinen zurückfließen sollten. Als dann im Jahre 1909 die Verpflichtung aus dem Friedensvertrag ablief, zögerte man nicht, trotz der für die benachbarten asiatischen Festlandsmärkte geforderten Handelsfreiheit die Philippinen in das Zollgebäude des Mutterlandes aufzunehmen. Zunächst sah man zwar noch gewisse, in Wirklichkeit nie wirksam gewordene Beschränkungen für die Einfuhr philippinischer Waren vor, aber vier Jahre später fielen am 3. Oktober 1913 auch diese offiziell weg. Damit waren die Philippinen auch zollmäßig zu einem Be-

standteil der Vereinigten Staaten geworden. Den philippinischen Gütern öffnete sich uneingeschränkt ein riesiges Absatzgebiet, während gleichzeitig der philippinische Markt weitgehend usamerikanischen Waren ausgeliefert wurde. Die führenden Filipinos ahnten durchaus, welch ungeheure Gefahr durch diese angestrebte innige wirtschaftliche Verflechtung für ihr Land heraufzog. Das philippinische Parlament hat dem auch Ausdruck gegeben, als es am 27. März 1909 erklärte: „The duty-free exchange of products between the United States and the Philippines in the long run would be highly prejudicial to the economic interest of the Philippine people and would create a situation which might delay the obtaining of its independence" („Der zollfreie Warenaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen würde auf lange Sicht in hohem Maße dem Wirtschaftsinteresse der Filipinos zuwiderlaufen und eine Lage schaffen, die auf die Herbeiführung ihrer Unabhängigkeit verzögernd wirken könnte")[1]. Doch diese Warnung wurde nicht gehört. Der damalige usamerikanische Gouverneur Forbes suchte sie mit dem Hinweis zu entwerten, daß sie durchaus nicht der öffentlichen Meinung auf den Philippinen entspräche. Man schloß das philippinische Volk von der Mitbestimmung seiner Zukunft aus. So nahm das Schicksal seinen Lauf. Wie recht aber die damalige philippinische Volksvertretung hatte, zeigte dann die spätere Entwicklung.

Als die Vereinigten Staaten die Philippinen übernahmen, waren diese bereits in breitem und gesundem Umfange in die Weltwirtschaft eingegliedert. Spanien hatte sich zwar anfänglich kaum um ihre wirtschaftliche Erschließung bemüht. Ihm lagen seine amerikanischen Besitzungen bei den damaligen schlechten Verkehrsmöglichkeiten verständlicherweise näher. Als sich diese aber vom Mutterland loszulösen begannen, besann man sich auf die Philippinen. Der Tabak wurde zum ersten philippinischen Gut, das in die Weltwirtschaft eindrang. Dann folgte bald der Zucker. Er hat in der Ausfuhrliste wertmäßig bis zum Jahre 1887 an der Spitze gelegen. In diesem Jahre überholte ihn der

---

[1]) Assembly Joint Resolution Nr. 36, 27. 3. 1909.

Hanf, gewonnen aus der Hanfbanane Musa textilis, für den die Philippinen ein natürliches Monopol besitzen. Als Manilahanf, jenen für Schiffstaue unentbehrlichen Rohstoff, hat er den Namen der Hauptstadt des Landes über die ganze Erde getragen. Neben diesen drei Hauptausfuhrgütern meldete sich noch vor dem Abzug der Spanier die aus dem Fleisch der Kokosnuß gewonnene Kopra an.

Für die erst in der Entwicklung begriffene wirtschaftliche Erschließung des Landes war die Basierung der Ausfuhr auf nur vier Hauptprodukte durchaus tragbar. Drohte doch von dem damals noch nicht mit tropischen Rohstoffen übersättigten Weltmarkt keine Gefahr. Gegen Preisschwierigkeiten und vorübergehende Absatzkrisen war man überdies durch die besondere Struktur der Produktion einigermaßen gesichert. Man vermied nämlich weitgehend die Monokultur. Vor allem aber war die Gütererzeugung für die Ausfuhr nicht auf das Mutterland oder einen anderen Markt allein ausgerichtet, sondern auf eine große Zahl von Ländern, unter denen alle Staaten der gemäßigten Zone, besonders natürlich die Industrieländer, vertreten waren. Einkaufsschwierigkeiten des einen oder anderen Landes machten sich daher auf den Philippinen kaum bemerkbar. War man doch für eine Kolonie überraschend breit und dadurch sicher im Wirtschaftsleben der Welt verankert. Umgekehrt bildeten die Philippinen für alle Industrieländer einen relativ günstigen und offenen Markt, weil das Mutterland industrieschwach war.

Das alles aber änderte sich nach dem Eingreifen der Amerikaner sehr schnell. Sie, die die Politik der Offenen Tür im Munde führten, drängten mit jedem Jahr die anderen handeltreibenden Nationen auf den Philippinen weiter zurück. Die durch den Friedensvertrag festgesetzte zehnjährige Schutzzeit erschwerte zwar anfänglich noch das Vordringen der usamerikanischen Handelsflagge. Nach 1909 aber, als alle Fesseln gefallen waren, wurde die Einstellung der philippinischen Wirtschaft auf das neue Mutterland schnell erzwungen. Als ein Beispiel dafür, wie man die philippinische Wirtschaft umbaute und einseitig ausrichtete, sei die Zuckerrohrkultur genannt, gerade weil sie auch immer wie-

der als Paradestück für die vorbildliche Zusammenarbeit des usamerikanischen Kapitals mit den Eingeborenen genannt wird.

Wir fahren durch West-Negros, die Zuckerprovinz der Philippinen. Soweit das Auge reicht, dehnen sich die Zuckerrohrfelder zu beiden Seiten der Straße. Man muß schon auf das Dach des Wagens steigen, um über die hohen, im Winde wogenden Pflanzen hinwegsehen zu können. Da und dort treten Baumgruppen auf und verstecken die Siedlung. Alles überragend leuchten die massigen Wellblechbauten der Zuckermühlen mit ihren hohen Blechschornsteinen auf. Sie sind das Herz der Zuckerrohrlandschaft. Auf sie hin ist das Straßen- und Feldbahnnetz ausgerichtet und leitet ihnen zur Zeit der Ernte das Zuckerrohr zu, aus dem hier der Rohrzucker, das normale Ausfuhrprodukt, gewonnen wird. Bei diesen großen Zuckermühlen handelt es sich um Millionenbetriebe. Es sind insgesamt 46 vorhanden. Sie repräsentieren einen Wert von 84 Mill. Dollar.

Vor der Ankunft der USAmerikaner gab es solche Riesenbetriebe nicht. Da verarbeitete jeder Pflanzer sogleich sein Rohr selbst gewöhnlich mit Hilfe einer einfachen Presse. Das blieb solange so, bis sich 1909 der nordamerikanische Markt dem philippinischen Zucker öffnete. Die Eingeborenen und auch die vorhandenen spanischen Pflanzer hatten nicht das Geld gehabt, um die auf Cuba und den Hawaiischen Inseln unter Einsatz der modernen Wissenschaft entwickelten Großbetriebe zu errichten. Nun aber kam usamerikanisches Kapital ins Land. Es wandte sich sogleich der Zuckerproduktion zu. Bereits im Jahre 1910 wurde auf der Insel Mindoro die erste moderne Zuckermühle errichtet. Das Zuckerrohr bezog man aber nicht von selbständigen philippinischen Bauern, sondern legte eine eigene große Pflanzung an, die man mit Lohnarbeitern zu bewirtschaften versuchte. Landwirtschaftliche Produktion und industrieller Verarbeitungsbetrieb waren damit in einer Hand, das heißt es handelte sich um eine Plantage etwa nach hawaiischem Vorbild. Den Arbeitern zahlte man dabei für den Tag 12 bis 15 Cent.

Diese Art der Arbeitsorganisation diente nur den Interessen des Kapitals. Sie half den Eingeborenen nicht, ihre veralteten Me-

thoden der Zuckergewinnung zu verbessern, sondern nutzte ihre Schwäche aus und trat in Konkurrenz zu den vorhandenen Betrieben der Filipinos und Spanier. Man hatte aber dabei die Rechnung ohne den philippinischen Menschen gemacht, der mit seltener Liebe am eigenen Boden hängt. Arbeiterschwierigkeiten haben die usamerikanische Gesellschaft bald gezwungen, ihren Betrieb umzuorganisieren. Als kalifornisches Kapital bald darauf in einer anderen Provinz den gleichen Versuch wiederholte, endete auch dieser mit einem Mißerfolg. Der eingeborene Filipino ist es gewesen, der durch seinen Widerstand und durch seine Abneigung gegen die mit ihm geplante Umformung vom Bauern zum bodenentwurzelten proletarischen Feldarbeiter eine andere und bei ehrlicher Zusammenarbeit auch bessere Produktionsorganisation in der Zuckerrohrlandschaft durchsetzte. Amerikanische Zuckermagnaten von den Hawaiischen Inseln waren die ersten, die unter den besonderen philippinischen Verhältnissen den für das Großkapital besten Weg fanden. Sie bauten 1912 in San Carlos auf der Ostseite der Insel Negros eine Zuckermühle auf kooperativer Grundlage. Das heißt die Mühle gehörte ihnen. Man gliederte ihr aber keinen eigenen landwirtschaftlichen Großbetrieb an, sondern schloß mit einer großen Zahl der vorhandenen kleinen philippinischen Pflanzer Lieferungsverträge gewöhnlich auf die Dauer von 30 Jahren ab. Durch diese wurden die Filipinos verpflichtet, das von ihnen bisher selbst verarbeitete Zuckerrohr an die Zuckermühle abzuliefern. Dafür erhielt der Pflanzer 60 v. H. des gewonnenen Zuckers, während die Zuckermühle 40 v. H. zur Deckung ihrer Unkosten einbehielt. Den Anteil der Pflanzer übernahm die Mühlenleitung zum Verkauf, nicht ohne den Pflanzer auch noch mit der Fracht und den Versicherungskosten zu belasten. Der einfache Filipino, dem dieses Angebot anfänglich verlockend erschien, ahnte nicht, daß er durch diese Zusammenarbeit seine bisherige Selbständigkeit verlor und dem Mühlenkapital ausgeliefert wurde. Alle nun folgenden Mühlengründungen erfolgten auf der gleichen Grundlage. Den einzelnen Mühlen sind heute jeweils bis zu 4000 philippinische Kleinpflanzer als Zuckerrohrlieferanten angegliedert.

Die Teilung des Ernteergebnisses, wie es die erste Mühle in

San Carlos vorgenommen hatte, wurde jedoch zum Nachteil der philippinischen Pflanzer nicht eingehalten. Manche Mühlen kehrten unter dem Eindruck steigender Zuckerpreise das Verhältnis überhaupt um. Selbst die Mühle in San Carlos ist später von ihrem ersten Angebot wieder abgegangen und hat sich einen größeren Ernteanteil gesichert. 56 v. H. aller Pflanzer müssen nun heute die Hälfte ihrer Ernte an die Mühlen als Entschädigung für die Verarbeitung des Zuckerrohres abgeben[1]). Nur etwa ein Zehntel aller Pflanzer darf 60 v. H. der Ernte behalten. Die gesamte Verantwortung für die Ernte hat dabei der Pflanzer. Auch die erheblichen Ausgaben für Düngemittel muß er allein bestreiten. Kein Wunder, daß den Eingeborenen nur kleine Erlöse bleiben. Doch vergeblich kämpft die Sugar Planters Association für eine Erhöhung des Pflanzeranteils. „Something should be done", erklärte vor kurzem erst wieder ihr Vorsitzender vor einer amtlichen usamerikanischen Untersuchungskommission, „we have already demonstrated that fully 88 % of the people making a living out of the industry are planters and their families, and the laborers, also with families depending on them. While this 88 % of the people depending upon the industry shares from 50 to 60 % of the benefits from it the remaining 12 %, representing the centrals and their employers, a very small minority, shares from 40 to 50 %! This is indeed not only a greatly unequal and disproportionate but also decidedly unjust distribution of the benefits among the elements in the industry" („Es muß etwas getan werden; wir haben bereits betont, daß 88 % der von dieser Industrie lebenden Bevölkerung Pflanzer mit ihren Familien sind und Arbeiter mit ihren Familien. Während diese 88 % an den Gewinnen nur zu 50—60 % beteiligt sind, bekommt eine sehr kleine Minderheit, nämlich die Zentrale und ihre Angestellten, welche die restlichen 12 % der von dieser Industrie lebenden Bevölkerung ausmachen, einen Gewinnanteil von 40—50 %! Dies stellt in der Tat eine ebenso ungleiche und unproportionierte, wie eindeutig ungerechte

---

[1]) Joint Preparatory Committee of Philippine Affairs, Report of May 20, Washington 1938, Vol. III, 1, S. 152.

Gewinnverteilung dar")[1]. Dabei erhalten die in den Mühlen beschäftigten philippinischen Arbeiter nur 30 bis 50 Cents Lohn am Tag. So also sieht in Wirklichkeit die von den Amerikanern vielgerühmte soziale Zusammenarbeit zwischen ihrem Großkapital und den Eingeborenen aus.

Noch eine Erscheinung in der Zuckerwirtschaft der Philippinen überrascht und bedarf einer Erläuterung. Das ist der hohe Anteil philippinischen Kapitals an den Zuckermühlen. Es entfallen nämlich nur 26 v. H. des in den Mühlen investierten Kapitals auf Amerikaner. Der Grund dafür ist leicht ersichtlich und durchaus nicht auf den etwaigen Wunsch zurückzuführen, die Eingeborenen zur Selbständigkeit zu erziehen und für die Unabhängigkeit vorzubereiten, wie das die Amerikaner gern darzustellen belieben. Vielmehr hat sich usamerikanisches Kapital nur in verhältnismäßig kleinem Umfang auf den Philippinen eingenistet, weil die Anlage in der Zuckerwirtschaft Cubas oder auf den Hawaiischen Inseln sicherer und lohnender war. Das Zuckerkapital der Vereinigten Staaten hat überhaupt aus Angst vor der philippinischen Konkurrenz gegen die Annektion der Inseln protestiert und z. T. sogar mitgeholfen, die Anlage von großen Lohnarbeiterpflanzungen zu verhindern. Man darf dabei jedoch nie vergessen, daß das alles keinesfalls aus Sorge für das Wohl der Filipinos geschah, sondern um des eigenen Geschäftes willen. Was sich noch auf die Philippinen vorwagte, wünschte schon seit vielen Jahren, sich wieder aus diesem „unsicheren Lande" zurückzuziehen. Die Verkündung der Tydings-McDuffie-Akte, die den Philippinen die Selbständigkeit bringen sollte, sie aber in Wirklichkeit mit einer furchtbaren Wirtschaftskatastrophe bedrohte, hatte diese Entwicklung nur beschleunigt. Deshalb nahm der amerikanische Anteil zusehends weiter ab. Vielfach wurden philippinische Staatsgelder zu seiner Ablösung benutzt. So hat die Regierung erst im Jahre 1940 zwei der vorhandenen vier Raffinerien gekauft und in staatliche Regie genommen.

Ohne Zweifel ist die Zuckerproduktion unter der usamerikani-

---

[1]) Ebenda, a. a. O. S. 163.

schen Herrschaft gewaltig angestiegen. Die Spanier hatten in ihrem besten Jahr (1895) 376 000 Tonnen ausgeführt. Unter den Amerikanern ist diese Menge nach dem erschreckenden Niedergang um die Jahrhundertwende, an dem sie durch ihren rücksichtslosen Kampf gegen die um ihre Selbständigkeit kämpfenden Eingeborenen große Schuld hatten, erst nach dem Weltkrieg wieder erreicht worden. Dann aber stieg die Produktion schnell an. 1934 wurde die Rekordmenge von 1 270 000 Tonnen ausgeführt. Gesünder war jedoch dieser Wirtschaftszweig dadurch nicht geworden. Denn früher verkaufte man den Zucker an eine Reihe von Ländern, unter denen England an der Spitze gestanden hatte. Nun aber richtete sich die Produktion infolge der einseitigen Wirtschaftsverflechtung immer betonter auf die Vereinigten Staaten aus. Zugunsten des neuen Mutterlandes mußten alle übrigen Märkte vernachlässigt werden. Alljährlich gingen 99,9 v. H. der Zuckerausfuhr nach USA. 1932 entfielen 63 v. H. der Ausfuhr auf den Zucker. Die Ausgaben des ganzen staatlichen Apparates wurden zu zwei Fünfteln durch den Zucker gedeckt und die vorhandenen Eisenbahnen konnten nur durch seine Frachten rentabel gehalten werden. Es kann niemand bestreiten, daß ein derartiger Ausbau eines einzigen Produktionszweiges auf einen einzigen bedrohten Markt hin, der Vorbereitung eines Landes auf seine Unabhängigkeit nicht dienlich ist.

In den letzten Jahren, nachdem der Zucker durch die Einfuhrdrosselung der Amerikaner bereits einen erheblichen Teil seiner einstigen Stellung eingebüßt hat und 1938 nur mehr 43 v. H. der Ausfuhr auf ihn entfielen, kam den an zweiter Stelle stehenden Kokosprodukten im Rahmen der Ausfuhrwirtschaft des Landes gesteigerte Bedeutung zu. Auf sie entfielen im gleichen Jahre 23 v. H. der Ausfuhr. Als die Spanier die Inseln verließen, hatte die Kokospalme noch kaum Bedeutung für die Ausfuhr. Der hohe Bedarf der Länder der gemäßigten Zone an billigen tropischen Pflanzenfetten hat erst nach dem Abzug der Spanier die Produktion in steigendem Umfange angeregt. Heute entfällt ein Drittel der Weltproduktion an Kokosrohprodukten auf die Philippinen.

Riesenhaft dehnen sich die Kokoswälder. Sie nehmen insgesamt 635 000 Hektar mit über 120 Millionen Bäumen ein. Unweit Manila beginnt das größte geschlossene Pflanzgebiet des Landes. Da kann man tagelang durch die lichten Wälder wandern, die Siedlungs- und Wirtschaftsraum zugleich sind.

Der größte Teil der Kokoswälder ist ebenso wie die Zuckerrohrfelder im Besitz der Eingeborenen. Hochstehende Preise haben sie einst dazu verleitet, ihr Land ganz mit Kokospalmen zu bepflanzen. Zumeist haben sie noch nicht einmal einen Hausgarten, geschweige denn eigene Reisfelder. Alle Güter des täglichen Bedarfs, einschließlich der Nahrung, müssen die Kokospflanzer kaufen. In der Zuckerrohrlandschaft sieht es weithin ganz ähnlich aus. Aber dort ist es leichter möglich, sich umzustellen. Hier aber kann man nicht einfach das Feld umpflügen und notfalls mit Nahrungsgütern für den eigenen Bedarf bepflanzen. Die Kokospalmen sind zu wertvoll. Über ein halbes Jahrhundert lang liefern sie eine gute Ernte. Es war niemand da, der die Kokos- oder Zuckerpflanzer auf die Gefahr des Einkultursystems, der Monokultur, aufmerksam machte oder sie davon abhielt. Im Gegenteil, man hat besonders in der Zuckerrohrlandschaft die Farmer vertraglich zu möglichst hohen Lieferungen verpflichtet. Nun sind diese Menschen wehrlos den Wechselfällen des Absatzes und den Preisschwankungen ausgesetzt. Manches Jahr schon ist bei den tiefstehenden Preisen der Hunger durch die Kokoslandschaft gegangen, obgleich nicht viel weniger Nüsse geerntet wurden als in den Konjunkturjahren.

Es ist auch in der Kokoswirtschaft der Philippinen wiederum in erster Linie der Bedarf der Vereinigten Staaten, der die Produktion gestaltet und ausgerichtet hat. Die europäischen Staaten, vor allem Frankreich und Deutschland, die zeitweise recht erhebliche Abnehmer waren, sind ganz in den Hintergrund gedrängt worden. Von der Kopraausfuhr gingen beispielsweise im Jahre 1937: 90,2 v. H. nach den Vereinigten Staaten. Wertmäßig von noch größerer Bedeutung für die Ausfuhr ist das Kokosöl. Seine Gewinnung wurde im Weltkrieg aus Mangel an Schiffsraum aufgenommen. Usamerikanisches Kapital beherrschte die Ölindustrie,

die vornehmlich ihren Sitz in Manila hat, vollständig. Auf sie ist etwa die Hälfte der Kopraproduktion ausgerichtet. USA war mit 98 v. H. an der Ausfuhr beteiligt, d. h. die Ölindustrie arbeitete eigentlich nur für die Vereinigten Staaten. Das gleiche galt von der mit acht Betrieben vertretenen Kokosflockenindustrie. Diese lebte bisher hinter einer erst 1922 eigens für das dafür sich interessierende usamerikanische Kapital errichteten Schutzzollmauer. Die Kokosflockenfabriken haben ihren Standort innerhalb der Kokoswälder und versandten ihre Erzeugnisse zu über 99 v. H. nach USA.

Dieser überragenden Stellung der Vereinigten Staaten begegnete man bisher in fast allen übrigen für die Ausfuhr arbeitenden Wirtschaftszweigen des Landes. So auch bei der Herstellung von *Hüten* und *Perlmuttknöpfen* sowie bei der Gewinnung von natürlichen *Gerbstoffen* und bei der *Heimstickerei*. Wir nennen als abschließendes Beispiel noch die *Manilazigarren*. Die Philippinen sind das wichtigste Zigarrenexportland der Erde. 196 Mill. Stück wurden im Jahre 1938 ausgeführt, davon allein 180 Mill. Stück nach Nordamerika. Es handelte sich dabei nur um billigste Qualitäten, „two for five", die dem philippinischen Tabakfarmer keine großen Gewinne bringen. Dieser darf überhaupt als der ärmste unter den für den Export arbeitenden philippinischen Bauern angesehen werden.

Nur als Abnehmer von *Manilahanf* spielten die Vereinigten Staaten nicht jene ihnen bei allen übrigen wichtigen Exportgütern zukommende beherrschende Rolle. Es handelt sich bei dieser tropischen Hartfaser eben um ein Rohgut, das in fast allen Ländern der Erde gebraucht wird, und für das die Philippinen ein natürliches Monopol besitzen. Immerhin ging auch davon ein Viertel der Jahresproduktion nach USA.

So haben drei Jahrzehnte Freihandel zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen genügt, um die Inseln aus ihrer in der spanischen Zeit gesunden außenwirtschaftlichen Verflechtung in ein völliges wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis zur nordamerikanischen Union zu bringen. Zusammengenommen nahm diese alljährlich mehr als vier Fünftel des Exportes auf. Dabei war

diese Abhängigkeit durchaus einseitig. Für die gegenwärtige Wirtschaft der Philippinen war der amerikanische Markt lebensnotwendig, nachdem die Brücken zu den übrigen einstigen Abnehmerländern hatten abgebrochen werden müssen. Umgekehrt waren aber die Vereinigten Staaten durchaus nicht auf den Warenbezug aus den Philippinen angewiesen. Sie konnten die hier gewonnenen tropischen Produkte mit Ausnahme des ohnehin kaum ins Gewicht fallenden Manilahanfes auch aus anderen Ländern beziehen. Da überdies der philippinisch-amerikanische Handel ganz in den Händen privater amerikanischer Gesellschaften lag und der Staat keineswegs überwachend eingriff, war der philippinische Pflanzer völlig den usamerikanischen Käufern ausgeliefert. Diese bestimmten die Preise und der Filipino mußte in jedem Falle zustimmen, weil er keine anderen Verkaufsmöglichkeiten mehr hatte. Kein Wunder, daß oft weithin das Jahreseinkommen der philippinischen Bauern 100 Peso nicht überstieg. Das also verstanden die Vereinigten Staaten unter Freihandel und unter der Politik der Offenen Tür!

Es ist richtig, usamerikanisches Kapital drang nur in verhältnismäßig kleinem Umfang in die philippinische Wirtschaft ein. Das gilt auch für die benachbarten ostasiatischen Länder. Westindien, Mittel- und Südamerika boten eben weit günstigere Gewinnaussichten. Diese Gebiete lagen auch näher, und überdies war das eindringende Kapital hier ein Werkzeug der Regierung zur Erreichung bestimmter politischer Ziele. Man war daher immer des besonderen Interesses und Schutzes durch den Staat sicher. Die Philippinen aber waren schon erobert und was mit ihnen einmal geschehen würde, wußte man nicht. Da lag Japan als junge aufstrebende Macht in unmittelbarer Nachbarschaft, außerdem wehrte sich das ganze philippinische Volk gegen die Segnungen des usamerikanischen Kapitals. Wo dieses aber trotzdem eindrang, hat es sich der wirtschaftlichen Schlüsselstellungen bemächtigt. Ihm gehörten zahlreiche Zuckermühlen, die Kokosölbetriebe, die meisten Kokosflockenfabriken, die Mehrzahl der Sägewerke, Goldbergwerke und die großen Export- und Importhäuser. Damit kontrollierte es den überwiegenden Teil der für die Ausfuhr arbeitenden philippinischen Landwirtschaft und ließ die Eingeborenen nur

randlich an den erheblichen Gewinnen teilhaben. Die Überschüsse aber blieben zumeist nicht im Lande und wurden hier für den Aufbau verwendet, sondern flossen nach Übersee in das Herkunftsland des Kapitals.

Um die nicht für den Export arbeitenden Teile der philippinischen Wirtschaft kümmerte man sich kaum. Hier griff der Staat zumeist nur mit unzulänglichen Mitteln ein. Die traurigen Verhältnisse, die z. B. weithin in der Reislandschaft herrschen, wurden nicht beseitigt, obgleich das Reisland die wichtigste Nahrungsquelle des Volkes ist und die Hälfte des ganzen Ackerlandes umfaßt. So trifft man hier immer noch unmögliche Pachtverhältnisse, einen die Hauptgewinne schluckenden landfremden Zwischenhandel und unvorstellbare Schuld- und Zinsverhältnisse. Wucherzinsen von 500 % kommen noch vor. Auch am Bau von notwendigen Bewässerungsanlagen für die Reiskultur hat sich das usamerikanische Privatkapital nicht beteiligt. Solche Anlagen versprachen eben nur kleine Gewinne nach langen Jahren des Wartens. Man kann zwar auf manche Versuche verweisen, die die usamerikanische Verwaltung zur Besserung des Loses der Reisfarmer unternommen hat. Es ist aber bei den Versuchen geblieben. Noch 1936 stellte eine amtliche Untersuchungskommission fest, daß sich das Durchschnittseinkommen eines Reisfarmers auf nur 62,50 Peso belief[1]). Es war das der Erntewert des Reises abzüglich der Ausgaben für Saat, Umpflanzen usw. Von dieser Summe mußten die Ausgaben für Nahrung, Kleidung und alle übrigen Bedürfnisse ein ganzes Jahr lang bestritten werden. Kein Wunder, wenn die Reislandschaften Gebiete ewiger Unruhen waren, immer wieder Aufstände ausbrachen und die Sakdalisten und Kommunisten hier ganz besonders stark vertreten waren.

Mehr noch als die für die Ausfuhr arbeitenden Landschaften litten gerade die Reisgebiete, die die Hauptnahrung für die Bevölkerung des gesamten Archipels bereitstellen. Die Absatz- oder Preisschwierigkeiten des Hanfes, des Zuckers oder der Kokosprodukte wirkten auch auf sie zurück. Außerdem wird die Große

---

1) Report of the Rice Commission to the President of the Philippines, Manila 1936, S. 36.

Ebene von Mittelluzon, die Reiskammer der Philippinen, fast alljährlich von verheerenden Taifunen und gewaltigen Überschwemmungen heimgesucht, die Not, Hunger und Elend zurücklassen. Aber nicht nur in den Reisgebieten, sondern auch zu einem großen Teil in den übrigen Wirtschaftslandschaften war der Ernährungsstand des philippinischen Volkes weithin durchaus nicht befriedigend. „The major part of the population is undernourished" („Der größere Teil der Bevölkerung ist unterernährt"), schrieb Dr. Victor G. Heiser, der lange Jahre auf den Philippinen als Chef des Gesundheitswesens gearbeitet hat[1]). Und das in einem Lande, das seit einigen Jahrzehnten von den Vereinigten Staaten verwaltet und betreut wurde und in dem riesige Gebiete fruchtbarster Böden noch auf den Pflug warten. Es leben heute erst 16 Millionen Menschen auf den Philippinen, während in Wirklichkeit leicht 40 bis 50 Millionen ernährt werden könnten. Erst 12,5 v. H. des Landes sind in Kultur genommen!

Aber warum eigentlich diese Zurückhaltung der usamerikanischen Verwaltung vor allem im Bereiche des Wirtschaftslebens, wo sie doch auf manch anderem Gebiet, so z. B. im Kampf gegen die Seuchen und beim Ausbau des Verkehrswesens so gute Erfolge erzielte? Warum ließ man die einseitige Ausrichtung des Außenhandels, die Monokulturen und die Pflege nur weniger Ausfuhrgüter zu, wo man doch als „Erzieher" und „Helfer" gekommen war und in den letzten drei Jahrzehnten immer wieder von der beabsichtigten Freigabe der Inseln sprach? Ein Blick in den Ablauf der politischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen und die sie tragenden Grundströmungen wird uns der Beantwortung dieser Fragen näherbringen.

Doch zuvor noch ein paar Worte über die Kulturarbeit der Vereinigten Staaten auf den Philippinen, nur weil man jenseits des Ozeans die fernöstliche Besitzung gerne als Musterbeispiel kolonialer Arbeit anzupreisen liebt. Wenn man die Dinge aus der Kenntnis des Landes heraus sieht, so erscheint auch auf kulturellem Gebiet manch verlockendes Bild reichlich trügerisch. Sehen wir

---

[1]) Zitiert nach N. Roosevelt, The Philippines, a treasure and a problem, New York 1933, S. 213.

uns nur einmal das Schulwesen an, auf dessen Ausbau die Vereinigten Staaten so stolz sind und nicht müde werden, es der übrigen Welt als unübertreffliches Vorbild für die Erziehungsarbeit in tropischen Ländern darzustellen. Die Filipinos sind ein lern- und wissensbegieriges Völkchen. Sie sind vielleicht die einzigen unter den Tropenbewohnern, die ihre Kinder gerne zur Schule schicken. Aber welche Erfolge hat man tatsächlich erzielt? Lassen wir Nicholas Roosevelt, den ausgezeichneten Kenner der Philippinen, sprechen. „During the first twenty-five years of the American occupation between 6 000 000 and 7 000 000 children were of ‚school-age', of whom only 530 000 children completed the primary school course. . . . The average length of attendance in school is less than three years. . . . In this period they learn only a little more than Americans learn in the first grade" („Während der ersten 25 Jahre amerikanischer Besetzung waren 6 bis 7 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter, davon haben jedoch nur 530 000 Kinder die Volksschule durchlaufen. . . . Die durchschnittliche Besuchszeit in diesen Schulen beträgt weniger als drei Jahre. . . . In dieser Zeit lernen sie nur wenig mehr als die amerikanischen Kinder in der ersten Klasse")[1]. Daß von den Nordamerikanern das Schul- und Erziehungsproblem auf den Philippinen gelöst wurde, wird unter solchen Umständen niemand behaupten können. Eine im Verhältnis zur gesamten Schülerziffer große Zahl besuchte die höheren Schulen und die Hochschulen des Landes. Viele Eltern erkämpften unter größten persönlichen Opfern einem ihrer Kinder den Weg zur Universität. Auch dieses Streben nach Schulung und Weiterbildung hatte die amerikanische Verwaltung nicht im Interesse des Landes zu nutzen vermocht. Man züchtete ein bodenfremdes geistiges Proletariat heran, das dann in den Städten als dauernd schwelender Unruheherd herumlungerte, anstatt diese Menschen einem gesunden Berufe, vor allem dem stark unter Überfremdung leidenden Handels- und Wirtschaftsleben zuzuführen.

[1]) Nicholas Roosevelt, The Philippines, a treasure and a problem, New York 1933, S. 190 f.

Dies Beispiel mag genügen. Über die usamerikanische „Kultur“, die man in das tägliche Leben der Filipinos einfiltrierte — vom brutalen Materialismus und der politischen Geschäftemacherei bis zur Chesterfieldzigarette und der Negermusik — wollen wir schweigen.

Vom Pariser Friedensvertrag bis zur Unabhängigkeitsakte

Im Friedensvertrag von Paris wechselten die Filipinos nur die Herren. Ihre Blutopfer, die sie im spanisch-usamerikanischen Krieg für die Freiheit und Selbständigkeit ihrer Heimat gebracht hatten, waren vergeblich gewesen. Wohl verteidigten sie den gegen den Willen der Amerikaner von Aguinaldo am 12. Juni 1898 in Kawit ausgerufenen unabhängigen philippinischen Staat zäh und verbissen. Über den Ausgang des ungleichen Kampfes konnte aber keinen Augenblick ein Zweifel bestehen. Das usamerikanische Militär hat sich übrigens bei der Niederzwingung des philippinischen Selbständigkeitswillens Methoden bedient, die zuvor, als sie die Spanier auf Cuba angeblich anwandten, als schwerste Verbrechen gegen die „Humanität und Zivilisation" gebrandmarkt worden waren und schließlich sogar mit als Kriegsvorwand gedient hatten. Sie brannten Dörfer nieder, in denen Widerstand geleistet worden war, und richteten für die Zivilbevölkerung Konzentrationslager ein. Jake Smith, der die Insel Samar befriedete, hatte sogar Befehl gegeben, „Kill everything over ten" („alles umzubringen, was mehr als 10 Jahre alt ist") und seine Mannschaften aufgefordert, die Insel in eine „howling wildernes" („fürchterliche Wildnis") zu verwandeln[1]). Nach 25monatigem Kampf legte Aguinaldo die Waffen nieder. Geschickt suchte man sich durch Begnadigungen Freunde unter den Hauptgegnern zu schaffen. Wer aber die Herrschaft der Amerikaner nicht anerkannte, wurde erbarmungslos verfolgt oder gar verbannt. Als Beispiel mag der philippinische General Ricarte dienen, der erst nach Japans Sieg seine Heimat wiedersehen konnte.

Der Aufstand der Filipinos gegen die neuen Machthaber

---

[1]) Senate Document Nr. 331, 2. Teil, 57th Congress, 1st Session, S. 1548 (Zitiert nach G. Kirk, a. a. O. S. 35).

hatte die Einrichtung einer Zivilverwaltung bis zum Jahre 1901 verzögert. In diesem Jahr übernahm am usamerikanischen Unabhängigkeitstag der nachmalige Präsident der Vereinigten Staaten William Taft die Geschäfte eines Gouverneurs. Er baute zusammen mit einer ihm beigegebenen und aus fünf USAmerikanern sowie drei Filipinos bestehenden Kommission den Verwaltungsapparat der Inseln auf. Mit viel Geschick überbrückte er unter kluger Ausnutzung der philippinischen Sentiments die tiefe Kluft, die der Kampf gegen die eingeborene Bevölkerung aufgerissen hatte. Von ihm stammt das Schlagwort: „Die Philippinen den Filipinos", das auf den Inseln einen begeisterten Widerhall fand. Das war jedoch nur eine Phrase. Sie schloß kein Versprechen auf baldige Selbständigkeit ein, sondern bezog sich nur auf die beabsichtigte zunehmende Heranziehung der Filipinos zur Mitarbeit in der Verwaltung.

Es ist überhaupt völlig falsch zu glauben, die Vereinigten Staaten hätten den Filipinos sogleich bei der Übernahme der Inseln die spätere Selbständigkeit in Aussicht gestellt. Das behaupten zwar heute die Amerikaner bis hinauf zum Präsidenten Roosevelt und wiederholen es bei jeder sich bietenden Gelegenheit. So heißt es auch wieder in dem Bericht des Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs vom 20. Mai 1938: „Since the earliest days of the American occupation, there has been a progressive enlargement of the autonomy granted to the Philippines, with complete political independence as the ultimate objective" („Seit den ersten Tagen der amerikanischen Besetzung hat eine wachsende Ausdehnung der den Philippinen gewährten Autonomie Platz gegriffen mit dem Endziel völliger politischer Unabhängigkeit")[1]. Diese Auffassung ist auch in die philippinischen Schulbücher aufgenommen worden. In Wahrheit aber haben die Vereinigten Staaten offiziell weder bei der Annektion der Inseln noch im ersten Jahrzehnt ihrer Verwaltung die Verselbständigung der Philippinen in Aussicht gestellt. McKinley hatte das Ziel der Arbeit der Vereinigten Staaten immer nur als „benevolent assimi-

[1]) Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs, Report of May 20, 1938, Bd. I, S. 6.

lation" („wohlwollende Assimilierung") formuliert und Taft erklärte noch 1912, daß ein Unabhängigkeitsversprechen „a disingenuous attempt" wäre „to relieve ourselves from the heavy and difficult burden" („ein unaufrichtiger Versuch, die schweren und komplizierten Lasten von uns abzuwälzen")[1].

Aus dieser Haltung heraus ging man auf den Inseln auch schärfstens gegen die Selbständigkeitsbestrebungen vor und verbot jede die Unabhängigkeit fordernde Propaganda. Selbst die Partido Democrata, die als eines ihrer Ziele die Unabhängigkeit der Philippinen verkündete, sich dabei aber ausdrücklich zu gesetzlichen Kampfmitteln bekannte, wurde rücksichtslos verboten. Die Vertreter der nordamerikanischen Demokratie ließen eben Meinungsfreiheit nur soweit zu, als sie ihnen nützte. In den Anfangsjahren arbeiteten sie mit der schon im Jahre 1900 von amerikafreundlichen Filipinos gegründeten Bundespartei zusammen, die sich die Aufnahme der Philippinen als selbständiger Staat in die Union zum Ziele gesetzt hatte. Noch im ersten Jahrfünft ihres Bestehens mußten jedoch deren Führer erkennen, daß sich ihre Hoffnungen wohl niemals erfüllen würden. Die Meinung des Volkes hat diese Partei auch niemals wiedergegeben. Diese brach erst durch, als den Filipinos 1907 ein Parlament und weitgehende Redefreiheit zugestanden wurde. Die ersten Wahlen endeten mit einem überwältigenden Sieg der neugegründeten Partido Nacionalista, die den Kampf gegen die usamerikanische Bevormundung und für die möglichst baldige Verselbständigung der Inseln auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Schon in der ersten Sitzung hat dann auch das neugegründete Parlament die Forderung auf Freigabe der Inseln erhoben. Diese und andere Demonstrationen der Filipinos blieben aber in den Vereinigten Staaten ohne Widerhall. Überdies waren die Philippinen in der usamerikanischen Öffentlichkeit schon längst wieder in den Hintergrund getreten. Sogleich nach ihrer Übernahme war das Feuer, das der Krieg gegen Spanien hatte auflodern lassen, wieder verflackert und das Interesse an dem fernen, weder Sensationen noch große wirtschaftliche Aussichten bergen-

---

[1]) Message to Congress, 6. 12. 1912, Congressional Record, 62nd Congress, 3rd Session, S. 208/09.

den Archipel abgeebbt. Das blieb auch bis zum Niedergang der usamerikanischen Landwirtschaft in der Zeit nach dem Weltkrieg so.

Es war im wesentlichen nur die Demokratische Partei, die in den Wahlkämpfen die Philippinen der breiten Öffentlichkeit in Erinnerung brachte, und durch ihre antiannektionistische Haltung Stimmen zu fangen sich bemühte. Sie hat von Anfang an die Freigabe der Inseln verlangt. Als sie dann nach zwölfjähriger Oppositionszeit erstmals wieder im Jahre 1910 mit einer Mehrheit in das Repräsentantenhaus einzog, und zwei Jahre später Woodrow Wilson auch den Präsidentenstuhl eroberte, wurde dieser parlamentarische Führungswechsel begreiflicherweise auf den Philippinen mit großer Begeisterung aufgenommen. Hoffte man doch nun, den Versicherungen der demokratischen Parteiführer Glauben schenkend, auf eine baldige Verwirklichung der selbständigen philippinischen Republik. Es schien sich zu lohnen, daß man den Verfechter der selbständigen Zukunft seiner Heimat, den späteren Präsidenten der Philippine Commonwealth Manuel E. Quezon als philippinischen Vertreter in den Kongreß nach Washington gesandt hatte. Ihm war es gelungen, sich schnell und sicher in die politische Maschine der Vereinigten Staaten einzufühlen und an die für die nächste Zukunft entscheidenden Männer heranzukommen. Wilson erklärte denn auch 1913 in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß als Erster unter den amerikanischen Präsidenten den später oft zitierten Satz: „we must hold steadily in view their ultimate independence“ („Wir müssen stets ihre schließliche Unabhängigkeit im Auge behalten“)[1]. Schon während des Wahlkampfes hatte er erklärt: „The Philippines are at present our frontier but I hope we presently are to deprive ourselves of that frontier“ („Gegenwärtig sind die Philippinen noch ein Stück unserer Grenze, doch ich hoffe, daß wir schon im Begriffe stehen, uns dieses Stück vom Halse zu schaffen“)[2]. Wie konnten die Filipinos bei solchen Worten anders denken, als daß ihre Freigabe bevorstand, Wilson sie auf alle Fälle durchzusetzen beabsichtigte. In der Tat haben seine nächsten Maßnahmen

[1]) Congressional Record, 63rd Congress, 2nd Session, S. 75.

[2]) Filipino People, Oktober 1912 (nach Kirk, a. a. O. S. 44).

viel zur Filipinisierung der Verwaltung beigetragen. Der Philippine Commission, die mit einer usamerikanischen Mehrheit seit 1907 gleichsam den Senat bildete, wurde eine philippinische Mehrheit gegeben, und 1916 ein wählbarer rein philippinischer Senat eingeführt. Vor allem aber schickte er Francis B. Harrison, einen Freund des philippinischen Volkes, nach Manila. Dieser beschleunigte das Vordringen der Eingeborenen in alle Zweige der Verwaltung und ihre Erziehung zur selbständigen Meisterung aller inneren Fragen. Unterstützt wurde er dabei durch das sogenannte Jones-Gesetz vom Jahre 1916, in dem auch erstmals in einem Gesetzesakt ausdrücklich von der beabsichtigten Freigabe der Inseln gesprochen wird. Es heißt darin unter anderem: „It is, as it has always been, the purpose of the people of the United States to withdraw their sovereignty over the Philippine Islands and to recognize their independence as soon as a stable government can be established therein . . ." („Es ist und war stets die Absicht der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, ihre Souveränität über die Philippinen aufzuheben und deren Unabhängigkeit in demselben Augenblick anzuerkennen, wo dort eine beständige Regierung errichtet werden kann")[1]). Wir haben schon gesehen, daß durchaus nicht immer die Freigabe der Inseln beabsichtigt war. Der Zwischensatz entspricht also auch hier in einem amtlich-parlamentarischen Dokument durchaus nicht der Wahrheit. Schon der parlamentarische Kampf um das Jones-Gesetz, der im Grunde mehr als vier Jahre gedauert hat, strafte diese Erklärung Lügen. Die Filipinos ließen sich aber durch sie noch weiter in dem Glauben an ihre baldige Unabhängigkeit stärken und bemühten sich nur durch öffentliche Kundgebungen und amtliche Erklärungen immer wieder zu betonen, daß sie fähig zur Selbstverwaltung sind und deshalb um Einlösung des gegebenen Versprechens bitten. Daß man in Washington darauf nicht reagierte, suchte man sich mit den Kriegsverhältnissen zu erklären. Als aber der Krieg zu Ende war, machte man einen energischen Vorstoß.

Wilsons Vierzehn Punkte waren auch auf den Philippinen ge-

---

[1]) Filipino People, Juli 1914 (nach Kirk, a. a. O. S. 46).

hört worden. Die Verkündung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker schien eine neue Zeit in den Beziehungen der Völker und Staaten anzubahnen. Eine vom Vertrauen des philippinischen Volkes getragene Abordnung begab sich daher nach Washington und bat dort um das Selbstbestimmungsrecht für die Filipinos. Es dachte aber dort niemand daran, den völkerbeglückenden Versprechungen im eigenen Hause die Tat folgen zu lassen. Mit neuen vagen Versprechungen schickte man die gutgläubigen Filipinos wieder auf ihre fernen Inseln zurück. Wilson, der gerade zu Verhandlungen in Europa weilte, ließ ihnen zum Trost erklären: „The end is almost in sight“ („Das Ende ist fast schon in Sicht“)[1]. Doch dieses Ende mußte schnell kommen, wenn es überhaupt in absehbarer Zeit zu erwarten war. Denn schon flakkerte in den Vereinigten Staaten die republikanische Opposition gegen Wilsons Europapolitik mächtig auf und mehrten sich die Anzeichen für einen Sieg der Republikaner in der bevorstehenden Präsidentenwahl. Tatsächlich traten dann auch die Demokraten ab, ohne daß sie die Versprechungen, die sie zwei Jahrzehnte lang den Filipinos gemacht hatten, auch nur annähernd erfüllt hatten. Nach achtjähriger Präsidentschaftszeit hat Wilson endlich in seiner letzten Jahresbotschaft erklärt, daß die Philippinen nunmehr reif seien für die Selbstverwaltung und daß man ihrem „ehrenhaften Verlangen“ nach Unabhängigkeit stattgeben solle. Es blieb bei dieser Empfehlung, von der er schon im Augenblick der Verkündung wußte, daß sie nicht in absehbarer Zeit verwirklicht werden würde. Denn in wenigen Wochen übernahmen ja bereits die Republikaner die politische Führung des Landes. Daß sie, die die bisherige demokratische Politik den Filipinos gegenüber auf das schärfste verurteilten und bei zahlreichen Gelegenheiten dagegen Stellung genommen hatten, Wilsons Empfehlung beherzigen würden, hat er wohl selbst nie geglaubt. Man hat ihm seine Worte vielmehr auf republikanischer Seite sehr übel genommen, weil sie in erster Linie innerpolitisch gedacht waren.

Mit dem Einzug der Republikaner in das Weiße Haus im

---

[1]) Kirk, a. a. O. S. 48.

Frühjahr 1921 war allen Filipinos klar, daß ihre Hoffnung auf baldige Freigabe ihrer Heimat vergeblich gewesen war. Untersuchungskommissionen kamen, über deren Urteil man schon vor ihrer Abreise aus den Vereinigten Staaten unterrichtet war, und die beschleunigte Filipinisierung des Verwaltungsapparates wurde jäh unterbrochen. Als man jedoch gar feststellen zu können glaubte, daß die Selbständigkeitsbewegung nur von einer kleinen Schicht getragen werde und nicht Sache des Volkes sei, da erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Das philippinische Parlament schrieb 1926 eine Volksabstimmung über diese Schicksalsfrage aus. Das philippinische Volk selbst sollte sprechen und vor aller Welt seine Forderung anmelden. Da aber legte Leonhard Wood, der damalige usamerikanische Gouverneur, sein Veto ein und verhinderte diese Kundgebung des philippinischen Volkes. Präsident Coolidge deckte seine Handlungsweise völlig.

Niemand konnte absehen, wie lange sich der friedliche Freiheitskampf der Filipinos noch hinziehen würde. Weder die alljährlichen Bittgänge nach Washington noch die Verwendung usamerikanischer Werbemethoden hatten bisher den entscheidenden Erfolg zu zeitigen vermocht. Und dabei wurden die wirtschaftlichen Bindungen der Philippinen an die Vereinigten Staaten mit jedem Jahre enger. Sprunghaft stieg die Außenhandelskurve. Einen schnellen Einblick gewährt die folgende Tabelle.

Anteil der Vereinigten Staaten am philippinischen Außenhandel

Jahr	Ausfuhr		Einfuhr	
	Mill. Peso	v. H.	Mill. Peso	v. H.
1900	6	13	4	9
1910	34	42	40	40
1920	210	70	184	62
1930	210	79	156	64
1932	165	87	102	65

Lag es bei einer derart engen Verflechtung des eigenen Lebens mit dem der Vereinigten Staaten überhaupt im Interesse des philippinischen Volkes, unbekümmert am alten Ziel festzuhalten?

War es nicht überhaupt schon zu spät für eine völlige Selbständigkeit? War man nicht bereits eingefangen, ohne es recht erkannt zu haben? Schon wurden Stimmen laut, die bei weitgehender Selbstverwaltung der Inseln um jeden Preis die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem riesigen nordamerikanischen Markt befürworteten.

Da griff ein Ereignis in die philippinisch-amerikanischen Beziehungen ein, an das vorher weder hüben noch drüben irgend jemand gedacht hatte: der Niedergang des nordamerikanischen Wirtschaftslebens. Manche Zweige der Landwirtschaft, die im Weltkrieg ihre letzte große Blüte erlebt hatten, näherten sich dort dem Ruin. Die Ernten brachten vielfach noch nicht einmal mehr das Existenzminimum ein. Gleichzeitig nahm die industrielle Produktion ab und ein Millionenheer von Arbeitslosen wuchs heran.

In dieser Lage wurden nun plötzlich wieder die Philippinen vor die Öffentlichkeit gezerrt, nachdem man sich vorher während vieler Jahre kaum um sie gekümmert hatte. Nicht die Fabrikarbeiter, die die mit billigem Kokosöl hergestellte Margarine in immer größerem Umfange kauften, wandten ihnen ihre besondere Aufmerksamkeit zu, sondern die Farmer des Mittelwestens und des Südens. Sie sahen in der zollfreien Einfuhr billiger tropischer Nahrungsgüter aus den Philippinen eine der Hauptursachen für ihre schlechte wirtschaftliche Lage. Es handelte sich um zwei scharf voneinander getrennte Gruppen, die auf dem usamerikanischen Markt sogar z. T. miteinander konkurrierten. Die eine umfaßte die Molkereiwirtschaften des Landes, die sich durch den Niedergang der Butterpreise und die Schrumpfung des Butterkonsums bedrängt fühlten. Als Prügelknaben hatte man sich die Filipinos ausgesucht, die durch ihr billiges Kokosöl die Margarineproduktion wesentlich unterstützt und so die Preis- und Absatzschwierigkeiten der einheimischen Butter gefördert hätten. Die zweite Gruppe umfaßte die Hersteller von Baumwollsamenöl. Auch sie sahen im philippinischen Kokosöl den Hauptschuldigen für ihre miserable wirtschaftliche Lage, die erst dadurch herbeigeführt worden sein sollte, daß die Seifenfabriken in den Vereinigten Staaten das billigere Kokosöl dem Baumwollsamenöl als Rohmaterial

vorgezogen hatten. Dem Baumwollfarmer wurde klargemacht, daß der durch die Konkurrenz des Kokosöles herbeigeführte geringere Absatz an Baumwollsamenöl auch sein Einkommen wesentlich beeinflusse. Zu diesen beiden Gruppen stießen dann noch die Seilerwarenfabriken, die sich durch die zollfreie Einfuhr philippinischer Seilerwaren bedroht fühlten, und schließlich meldeten sich auch die Vertreter des Rübenzuckers und nutzten die Gelegenheit zum verstärkten Kampf gegen den in immer größeren Mengen auf dem amerikanischen Markt auftauchenden philippinischen Rohrzucker. Für die Öffentlichkeit ganz im Hintergrund stand das in der Zuckerrohrwirtschaft Cubas angelegte usamerikanische Kapital, das über glänzende politische Verbindungen verfügte und immer auf der Lauer lag, den die Verdienste schmälernden philippinischen Konkurrenten zurückzudrängen.

Nach dem Vorschlag dieser Interessengruppen sollten die von den Philippinen nach den Vereinigten Staaten eingeführten Güter zollmäßig ebenso behandelt werden wie normale ausländische Waren. Das heißt also, man wollte die Philippinen nun, nachdem es einem schlecht ging, wieder aus dem Zollverband der Vereinigten Staaten ausschließen und sie auf dem Gebiet der Wareneinfuhr als Ausland behandeln. Daß die Filipinos diese enge Verflechtung mit den Vereinigten Staaten gar nicht angestrebt, sondern sich dagegen gewehrt hatten, übersah man dabei geflissentlich. Man hatte dadurch seinerzeit eine ungeheure Verantwortung übernommen, die man nun gewissenlos von sich stieß, weil sich die anfänglichen Vorteile für einzelne Interessengruppen als nachteilig erwiesen. Als die usamerikanische Regierung eine solche Politik, gleichgültig aus welchen Gründen, nicht mitzumachen bereit war, da gingen die Vertreter dieser Interessengruppen sowohl im Senat als auch im Abgeordnetenhaus noch einen Schritt weiter und begannen sich für die völlige Freigabe der Inseln einzusetzen. Wie rief doch Senator Heflin aus Alabama 1929: „They are hanging like a millstone about the necks of the cotton producers. . . . Let us give them their independence and get rid of the Philippine Islands now . . . and hereafter when their cheap and inferior stuff comes in to swamp our American farmers we can put a tariff on

it" („Sie hängen wie ein Mühlstein um den Hals der Baumwollproduzenten. . . . Geben wir ihnen also ihre Unabhängigkeit und werden wir die Philippinen schon jetzt los . . . und später, wenn ihre billigen und schlechten Schundwaren unsere amerikanischen Farmer zu überschwemmen drohen, können wir dann einen Einfuhrzoll darauf legen")[1]. Der Kampf für die Filipinos, die man an den Segnungen der demokratischen Welt teilnehmen lassen wollte und die man zur Freiheit und Zivilisation zu erziehen gedachte, wurde zu einem Kampf gegen sie. Für und wider war nicht mehr an die Parteigrenzen gebunden. Sowohl im republikanischen als auch im demokratischen Lager saßen zahlreiche Vertreter einer neuen antiphilippinischen Politik. Zusammengenommen bildeten sie eine starke Macht. Sie reichte jedoch nicht aus, um gegen den Willen der Regierung im Frühjahr 1930 die Verzollung der philippinischen Waren durchzusetzen. Die Regierung hatte sich übrigens nicht gegen diese antiphilippinische Strömung gewandt, um den Filipinos einen Dienst zu erweisen, sondern weil sie mit dem Präsidenten an der Spitze der Meinung war, daß es sich bei dem Niedergang des Wirtschaftslebens in den Vereinigten Staaten nur um eine vorübergehende krisenhafte Erscheinung handele.

Nun aber begann der Kampf um die Philippinen erst recht und zog immer weitere Kreise herein. Die oben genannten Interessengruppen übergingen ihre Niederlage bei der Abstimmung über das Smoot-Hawley-Zollgesetz durch Verkündung eines radikaleren Zieles: Freigabe der Inseln um jeden Preis. Die organisierte Arbeiterschaft der fernwestlichen Staaten der Union stieß als neuer Sturmbock gegen die Filipinos dazu. Was war geschehen?

Seit sich die Vereinigten Staaten bis an den Pazifischen Ozean heran ausgedehnt hatten, kamen ostasiatische Einwanderer ins Land. Man sah sie anfänglich durchaus nicht ungern. Waren doch die pazifischen Küstenländer, als man sie Mexiko abnahm, menschenarm, aber reich an wirtschaftlichen Möglichkeiten. So

---

[1]) Congressional Record, 71st Congress, 1st Session, S. 4395.

kam es, daß man die Einwanderung billiger chinesischer Arbeiter in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts sogar förderte. Als die weiße Einwanderung aber zunahm, sah man in ihnen bald unwillkommene Konkurrenten. Arbeiteten sie doch für Löhne, mit denen die weißen Arbeiter niemals auskommen konnten. Der Kampf gegen die Chinesen führte zu ihrer Ausschließung im Jahre 1882. Als danach ihre Zuwanderung aufhörte und ihre Zahl durch starke Rückwanderung in die Heimat rasch abnahm, traten die Japaner an ihre Stelle. Sie schloß man dann im Jahre 1907 durch das bekannte Gentlemen Agreement aus. Die usamerikanischen Unternehmer, die lieber mit den billigen asiatischen Kräften arbeiteten, sahen sich nach neuen asiatischen Arbeiterreservoiren um. Wenige Jahre zuvor waren die Philippinen usamerikanisch geworden. Und da sich die Filipinos auf den hawaiischen Zuckerrohrfeldern als hervorragende Arbeiter erwiesen, ebnete man ihnen auch den Weg nach Kalifornien. Besonders in den Jahren nach dem Weltkrieg ist hier ihre Zahl schnell angewachsen. Man beschäftigte sie z. T. als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft. Viele kamen aber auch in der Holzwirtschaft unter oder fuhren in den Sommermonaten in die Fischkonservenfabriken nach Alaska. Auch als Dienstboten waren die gewandten und liebenswürdigen Malaien gern gesehen. Da erhob sich auch gegen sie der Kampf der weißen Arbeiter, und zwar vornehmlich der untersten Schicht, für die sie die Konkurrenz waren. Die Arbeitslosigkeit verschärfte die Auseinandersetzung. Es kam zu Zwischenfällen, Schlägereien und Schießereien. Der Wirtschaftskampf wurde zum Rassenkampf. Die drei pazifischen Staaten der Union trugen ihn in den Kongreß. Solange die Filipinos jedoch unter usamerikanischer Oberhoheit lebten, konnte man ihnen die Anwesenheit in den Vereinigten Staaten nicht verbieten. Man mußte sie zu Ausländern machen und dann gegen sie vorgehen. Das war das Ziel der Arbeiterführer des Fernen Westens, und deshalb forderten auch sie die Freigabe der Inseln.

Als letzte Helfer im Kampf für die Unabhängigkeit der Philippinen gesellten sich die Filipinos selbst hinzu. Sie suchten im Grunde zwar nach einer Lösung, die ihnen eine vernünftige Le-

bensmöglichkeit ließ, verbanden sich aber streckenweise mit den Farmer- und Arbeitergruppen, um zunächst einmal die Frage der politischen Unabhängigkeit wieder ins Rollen zu bringen.

Noch während die Aussprache um die Gestaltung des Smoot-Hawley-Zollgesetzes tobte, reichten die Senatoren Hawes und Cutting dem Senate Committee on Territories and Insular Affairs einen Plan zur Lösung der philippinischen Frage mit dem Ziel der endgültigen Freigabe der Inseln ein, der dann in der folgenden Zeit als Diskussionsgrundlage diente und schließlich auch mit seinen wesentlichen Punkten in die Tydings-McDuffie-Akte einging. Von der empfehlenden Weiterleitung dieses Vorschlages an den Senat bis zur endgültigen Annahme des Hawes-Cutting-Unabhängigkeitsgesetzes sind nahezu drei Jahre vergangen. So schnell arbeitete das parlamentarische System! Das lag nicht etwa daran, daß es an Stimmen für das Freigabegesetz mangelte. Diese waren vielmehr mit den zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten stetig angewachsen. Außerdem hatten sich auch die Demokraten 1930 im Abgeordnetenhaus wieder eine Mehrheit geholt. Über das anzustrebende Ziel war man sich auch einig. Man stritt sich aber häufig lange über randliche Fragen, so z. B. auch darüber, ob man in Zukunft hundert oder fünfzig Filipinos jährlich als Einwanderer zulassen, oder ob man sie ganz ausschließen sollte. Das schließlich im Dezember 1932 vom Senat angenommene Hawes-Cutting-Freigabegesetz hatte folgende Hauptpunkte:

1. Übernahme der gesamten Verwaltung durch die Filipinos und Einführung einer demokratischen philippinischen Verfassung.
2. Vorbereitung der Wirtschaft auf die Zeit völliger Selbständigkeit in einer zehnjährigen Übergangsperiode durch schrittweise Einführung der usamerikanischen Zölle für philippinische Exportgüter.
3. Zoll-, Anleihe- und Einwanderungsgesetze bedürfen der Zustimmung der Vereinigten Staaten, ebenso bleibt auch während dieser Zeit die außenpolitische Vertretung in deren Händen.

4. Verkündung der Unabhängigkeit nach dieser zehnjährigen Übergangszeit, aber Einbehaltung gewisser militärischer Stützpunkte.

Ursprünglich hatte Senator Hawes am Ende der Übergangszeit eine Abstimmung des philippinischen Volkes vorgesehen. Es sollte, bereichert um die Erfahrungen dieser zehn Jahre, selbst entscheiden, ob es seinen Weg allein gehen oder sich in irgendeiner Form auch weiterhin der Führung durch die Vereinigten Staaten anvertrauen wolle. Bezeichnenderweise hat sich aber die weitaus überwiegende Mehrheit sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus für eine Lösung ausgesprochen, die den Filipinos den Weg zurück abschneidet. Man schlug die Vorverlegung dieser Abstimmung vor. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Abstimmung des philippinischen Volkes über seine Verfassung zu Beginn der Übergangszeit zugleich auch als endgültige Entscheidung über seine Zukunft angesehen werden sollte. Man wollte den Filipinos gar keine Möglichkeit zur Prüfung ihres Könnens geben, weil man wußte, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten so groß waren, daß sie in einer zehnjährigen Übergangszeit gar nicht bewältigt werden konnten. „I do not agree that at the end of this period they be allowed to vote for independence, because when they are paying 100 percent tariff rates, they might change their ideas" („Ich bin nicht damit einverstanden, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, am Ende dieses Zeitabschnittes für die Unabhängigkeit zu optieren, weil sie vermutlich anders darüber denken werden, sobald sie die vollen Zollsätze zu zahlen haben"), das war die allgemeine Auffassung[1]).

Noch war in USA eine republikanische Regierung im Amt und Herbert Hoover Präsident. Diese ließ sich auch nicht durch noch so überzeugende Abstimmungen von ihrer imperialistischen Haltung abbringen. Hoover legte daher sein Veto gegen die Entscheidung der beiden Häuser ein, nicht um den Filipinos bessere Arbeitsmöglichkeiten zu sichern und ihnen eine gerechtere

---

[1]) House Hearings, 72nd Congress, 1st Session, S. 159 (zit. nach Kirk, a. a. O. S. 115).

Stellungnahme zu ermöglichen, sondern um die Stellung der Vereinigten Staaten in Ostasien aufrecht zu erhalten. Sein Einspruch wurde jedoch in neuen Abstimmungen zurückgewiesen. Der Hawes-Cutting-Antrag war Gesetz geworden. Den Filipinos bot sich zum ersten Male in ihrer langen Geschichte die Chance, die Geschicke ihres Landes in die eigene Obhut zu nehmen. Doch unter welch schwierigen, ja unmöglichen Bedingungen! Was man in Washington nicht für möglich gehalten hatte, trat ein: die Filipinos wiesen unter Führung Quezons, der damals Präsident des philippinischen Senats war, das Angebot zurück. Die wirtschaftlichen Bedingungen wurden als unannehmbar bezeichnet, die Beschränkung der philippinischen Einwanderung als beleidigend empfunden und die Ansprüche auf militärische Stützpunkte nach eingetretener Selbständigkeit verurteilt.

Mittlerweile hatte Amerikas neuer Präsident F. D. Roosevelt sein Amt angetreten. An ihn klammerten sich die Hoffnungen der Filipinos. Schien er doch mit der alten imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten brechen und manch angerichteten Schaden wieder gutmachen zu wollen. „Our nation covets no territory", hatte er in seiner ersten Botschaft an den Kongreß erklärt, „it desires to hold no people over whom it has gained sovereignty through war against their will" („Unser Volk begehrt kein fremdes Land und wünscht kein anderes Volk gegen seinen Willen festzuhalten, über das wir unsere Souveränität gegen seinen Willen durch Krieg ausgedehnt haben")[1]. Doch die Einwände und Verbesserungsvorschläge, die die Filipinos durch Quezon vorbringen ließen, fanden kein Gehör. Nur in der Frage der militärischen Stützpunkte hatte man eine nicht sehr wesentliche Änderung erreicht und außerdem eine zuvorkommendere Fassung des Einwandererparagraphen erwirkt. Die für die Zukunft entscheidenden Punkte, vor allem die wirtschaftlichen Bedingungen und die Abstimmung betreffend, wurden jedoch nicht abgeändert. Als Tydings-McDuffie-Akte wurde das etwas veränderte Hawes-Cutting-Gesetz erneut dem Kongreß vorgelegt, ohne Schwierigkeiten angenommen und am 24. 3. 1934

[1]) Congressional Record, 73rd Congress, 2nd Session, S. 3580.

von Roosevelt unterzeichnet. Dieses Mal nahmen die Filipinos das Angebot an, weil sie keine andere Wahl mehr hatten als es selbst zu versuchen oder sich für immer den Vereinigten Staaten auszuliefern. „Lieber in der Hölle, aber unter Filipinos leben, als in einem Himmel unter amerikanischer Führung." So formulierte damals Quezon die Entscheidung des philippinischen Volkes.

Schein und Wirklichkeit

Dreieinhalb Jahrzehnte hatten die Filipinos mit den neuen Herren um ihre Selbständigkeit gerungen. Immer wieder war ihnen die Fähigkeit zur Selbstregierung abgesprochen worden, wenn wir von Wilsons Botschaft im Jahre 1920 absehen, der jedoch nur inneramerikanische Bedeutung zukam und ihn selbst nicht mehr zum Handeln verpflichtete. Nun auf einmal glaubte man den Versicherungen der philippinischen Vertreter, nahm man jedes ihrer Worte gleich einer geheiligten Erklärung auf und beeilte man sich, ihren Unabhängigkeitsdrang zu befriedigen. Ja, sie sollten, nachdem sie den ersten Schritt auf dem Wege zur Selbständigkeit getan hatten, gar nicht mehr die Möglichkeit finden, umzukehren. Schon der Zeitpunkt, zu dem sich die Vereinigten Staaten zur Gewährung der Unabhängigkeit entschlossen und ihr „Sorgenkind" unter den Außenbesitzungen als erwachsen entließen, mußte in der ganzen Welt Aufsehen und Überraschung hervorrufen. Selbst in den Vereinigten Staaten wurden Stimmen laut, die den Entschluß gerade zu diesem Zeitpunkt scharf verurteilten. Denn damals erreichte der Umbruch im Wirtschaftsleben der Welt katastrophale Ausmaße. Kaum ein Land konnte sich seinen erschütternden Auswirkungen entziehen. Die tropischen Rohstoffländer wurden davon besonders heftig getroffen. Die Preise mancher ihrer weltwirtschaftlich wichtigen Güter erreichten gerade im Jahre der Annahme der Tydings-McDuffie-Akte Rekordtiefstände. Wenn man gerade einen solchen Zeitpunkt für die Freigabe einer Besitzung wählte, konnten nur brutale egoistische Interessen das entscheidende Wort gesprochen haben. Die damaligen Kongreßreden lassen auch in der Tat gar keine Zweifel darüber aufkommen. Wie sagte doch Huey Long, Louisianas Vertreter

im usamerikanischen Senat: „We need to protect our own sugar industry. That is why we need to get them out of the way" („Wir müssen unsere eigene Zuckerindustrie schützen. Und deshalb müssen wir sie [die Philippinen] loswerden")[1]). Das war es: man hatte die Filipinos gegen ihren Willen behalten, solange das vorteilhaft für die Vereinigten Staaten war. Nun aber, da man auch schwere Zeiten mit ihnen gemeinsam tragen sollte, wurden sie als hinderlich empfunden und deshalb aus der Lebensgemeinschaft, in die sie hineingewachsen waren, ausgestoßen.

Eine ungeheure Verantwortung lastete auf den Führern der am 15. November 1935 offiziell begründeten Philippine Commonwealth. Es galt, der jungen Gründung in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges und des Zusammenbruches die für die Zukunft entscheidenden Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Wer geglaubt hatte, daß die Vereinigten Staaten durch günstige wirtschaftliche Loslösungsbedingungen die Filipinos dabei unterstützen würden, wurde bitter enttäuscht. Man wollte die Inseln ja gerade deshalb loswerden, weil einem der philippinische Warenstrom unbequem geworden war. Seiner Verantwortung entledigte man sich dadurch, daß man eine zehnjährige Übergangsperiode genehmigte, in der sich die Philippinen eben auf die neuen Verhältnisse umstellen sollten. Diese Übergangszeit wurde zweigeteilt. In den ersten fünf Jahren nach der Errichtung der Commonwealth durften philippinische Waren noch zollfrei auf dem usamerikanischen Markt angeliefert werden. Man vergaß dabei jedoch nicht für die wichtigsten Güter Höchstmengen festzusetzen. Artikel 6 der Tydings-McDuffie-Akte bestimmte für Zucker 800 000 Tonnen Rohzucker und 50 000 Tonnen raffinierten Zucker, für Kokosöl 200 000 Tonnen, für Seilerwaren 3 Mill. Pfund. Die Mehreinfuhr mußte voll verzollt werden. Vom sechsten Jahr an sollten allmählich für die von den Philippinen eingeführten Waren die usamerikanischen Zölle wirksam werden. Und zwar sah man für das erste Jahr des zweiten Jahrfünfts 5 v. H. des Normalzolls,

---

[1]) Congressional Record, 73rd Congress, 2nd Session, S. 5009.

für das zweite Jahr 10 v. H., für das dritte 15 v. H., für das vierte 20 v. H. und das letzte Jahr 25 v. H. der Normalzölle vor. Diese Abgaben hatte die philippinische Regierung als Exportzölle zu erheben, auf ein Sonderkonto abzuführen und damit usamerikanische Forderungen zu begleichen. Nach dem 4. Juli 1946, an dem die Commonwealth in eine Republik umgewandelt werden sollte, sollten die usamerikanischen Einfuhrzölle in voller Höhe wirksam werden.

Die wirtschaftlichen Bedingungen schienen jedem Filipino von Anfang an unannehmbar. Man hatte sich aber gefügt, um dem langersehnten politischen Ziel näherzukommen. Es war für jeden Einsichtigen klar, daß es den Filipinos unter den obwaltenden Umständen gar nicht möglich sein konnte, ihre Wirtschaft in der gestellten Frist umzubauen. War diese doch, wie wir schon sahen, in den verflossenen Jahrzehnten mit ihrer Ausfuhr fast ganz auf die Vereinigten Staaten ausgerichtet worden und außerdem auf die wenigen Güter beschränkt geblieben, die schon in der spanischen Zeit die Ausfuhr bestritten hatten. Diese Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten, die zu einem derartigen Ergebnis geführt hatte, widersprach völlig dem seit 1912 immer wieder versicherten Ziel ihrer Arbeit auf den Philippinen: der Vorbereitung und Erziehung der Filipinos auf ihre Selbständigkeit.

Die Bestimmungen der Tydings-McDuffie-Akte kamen einem Ausschluß der philippinischen Waren vom usamerikanischen Markt spätestens bei Beginn der vollen Selbständigkeit gleich. Bei einer Reihe von Gütern wäre dieses Stadium jedoch schon vorher erreicht worden. So war z. B. die Gewinnspanne bei der Fabrikation von Kokosöl auf den Philippinen gegenüber der Konkurrenz der in den Vereinigten Staaten arbeitenden Betriebe derart gering, daß schon 10 bis 15 v. H. des Normalzolles genügt hätten, um hier die Kokosölfabrikation unrentabel zu machen und die Fabriken zur Schließung zu zwingen. „Without looking as far as independence our industry is scheduled to go under the hammer in the seventh year of the Commonwealth, unless something is done to help it" („Ohne die fernere Zukunft einer Unabhängigkeit in Betracht zu ziehen, ist jedenfalls unsere Industrie dazu vorausbestimmt, im

siebenten Jahr des Commonwealth-Statuts bankrott zu machen, wenn nicht etwas zu ihrer Rettung geschieht"), erklärte der Vertreter der Philippine Coconut Oil Mills vor dem Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs[1]). Ähnlich lagen die Verhältnisse in der Zuckerindustrie. Auch diese konnte nach Meinung philippinischer Sachverständiger noch nicht einmal 25 v. H. des amerikanischen Zolles tragen, wenn sie mit Cuba konkurrenzfähig bleiben wollte. Der Vorsitzende der Philippine Sugar Association faßte seine Auffassung vor dem oben genannten Committee wie folgt zusammen: „The imposition of export taxes on Philippine Sugar will be a deathblow to the industry as soon as it becomes necessary to pay 10 percent of the import duty on foreign sugars in the United States" („Die Erhebung einer Ausfuhrsteuer auf philippinischen Zucker wird dieser Industrie den Todesstoß versetzen, sobald einmal 10% von dem Einfuhrzollsatz für Auslandszucker in den Vereinigten Staaten bezahlt werden muß")[2]). Für den Zigarrenexport, in dem mit sehr geringen Gewinnspannen gearbeitet wurde, wäre schon eine Belastung mit 5 v. H. des Normalzolles sehr schwierig zu ertragen gewesen[3]). Auch die Ausfuhr von Seilerwaren, Perlmuttknöpfen, Stickereiarbeiten, Rohtabak und anderen Gütern wurde in gleicher Weise bedroht. Für sie alle gilt, daß sie noch vor Erreichen der vollen Selbständigkeit nicht mehr nach den Vereinigten Staaten hätten ausgeführt werden können. Darüber waren sich die Schöpfer dieser Wirtschaftsklauseln der Tydings-McDuffie-Akte durchaus im klaren. Eben das wollte man ja gerade erreichen.

So blieben für eine Umstellung der philippinischen Wirtschaft nur noch zwei Möglichkeiten. Erstens konnte man versuchen, für den ausfallenden nordamerikanischen Markt neue Abnehmerländer zu gewinnen. In einer Zeit des allgemeinen Rückganges des Güteraustausches sowie der Überproduktion an tropischen Rohstoffen waren die Aussichten jedoch unbefriedigend. Für Zucker, das

[1]) Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs, Report of May 20, Washington 1938, Bd. II, S. 313.

[2]) Ebenda, Bd. II, S. 382.

[3]) Ebenda, Bd. II, S. 456.

wichtigste Exportgut, bestand überhaupt keine Chance. Alle einstigen Abnehmer aus der spanischen Zeit hatten sich entweder zu Selbstversorgern entwickelt oder sich fest an andere Produktionsgebiete gebunden. Für Kopra waren die Aussichten etwas besser, nicht aber für Kokosöl und Kokosflocken. Für alle übrigen oben noch aufgezählten Waren, mit Ausnahme vielleicht einiger Seilereierzeugnisse, erschien es unmöglich, neue Märkte zu finden. Man konnte auch in vielen Fällen preismäßig gar nicht mehr konkurrierend auf dem Weltmarkt auftreten. Die Ausrichtung der philippinischen Wirtschaft auf den nordamerikanischen Markt hatte nämlich in den Konjunkturjahren zu einer beträchtlichen Erhöhung der Lebenshaltungskosten aber auch des Lebensstandards insbesondere in den für die Ausfuhr arbeitenden Wirtschaftslandschaften geführt, so daß die Gestehungskosten normalerweise teils valutamäßig teils wirklich höher lagen als in den Konkurrenzländern und daher die philippinischen Güter mit Ausnahme des Manilahanfes und der Kopra von vorneherein ausgeschaltet wurden. Zweitens konnte man noch an die Aufnahme neuer weltwirtschaftlich wichtiger Waren wie Kautschuk, Tee, Drogen usw. herangehen und außerdem die eigene Selbstversorgung verbessern. Man mußte auch an den Aufbau eigener Industrien denken, um dadurch den eigenen Einfuhrbedarf zu mindern und schließlich auch die Auflockerung der Monokulturlandschaften betreiben.

Die philippinische Regierung hatte sogleich all diese Möglichkeiten erkannt und die hier gebotenen Chancen zur wirtschaftlichen Sicherung der Zukunft auszunutzen versucht. Es wurden aber nur geringe Erfolge erzielt. Man machte von usamerikanischer Seite den Filipinos gern den Vorwurf, daß sie sich in den vergangenen Jahren der Commonwealth kaum um die Lösung des Wirtschaftsproblems bemüht hätten. Die Wahrheit ist aber, daß der philippinischen Regierung eben durch Artikel 6 der Tydings-McDuffie-Akte die Hände derart gebunden waren, daß sie gar keine große Erfolg versprechende Initiative entfalten konnte. Die Vereinigten Staaten hatten nämlich zugleich mit der Einführung steigender Zölle auf die philippinischen Güter ihren eigenen Industrieerzeugnissen den abgabefreien Zugang zum philippinischen Markt weiterhin

gesichert. Die Philippinen wurden nämlich auch nach Errichtung der Commonwealth noch von der usamerikanischen Zollmauer umgeben. Das heißt, die Philippinen, die gezwungen wurden, ihre Waren auf anderen Märkten unterzubringen, konnten diesen ihr eigenes Land für den Verkauf von Industriegütern nicht öffnen. Es war ihnen natürlich auch verboten, Handelsverträge ohne Genehmigung der Regierung der Vereinigten Staaten abzuschließen. Andererseits konnte man auch nur unter erschwerten Bedingungen und in geringem Umfange eigene Konsumgutindustrien aufbauen, weil man sie nicht durch Zölle gegen die usamerikanischen Waren zu schützen vermochte.

So hatte die Tydings-McDuffie-Unabhängigkeitsakte, die zunächst der Welt als ein großmütiges Gesetz erscheinen mochte, in Wirklichkeit ein Janusgesicht. Während man auf der einen Seite dem philippinischen Volk die Freiheit anbot, ihm allerdings sogleich mit der Annahme der eigenen Verfassung den Rückweg abschnitt, erdrosselte man andererseits seine lebenswichtige Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, behielt aber sich selbst den philippinischen Markt vor und verhinderte außerdem noch die Erschließung neuer Märkte. Man wälzte also alle Lasten auf die Filipinos ab, sicherte aber sich selbst alle Vorteile. Wie sich unter solchen Umständen die Philippine Commonwealth im Verlaufe von zehn Jahren zu einer lebensfähigen Republik entwickeln sollte, bleibt das Geheimnis der usamerikanischen Regierung.

Kaum hatte man mit der Planung der Arbeit im eigenen Hause begonnen, trafen die Filipinos neue wirtschaftliche Keulenschläge. Das Unabhängigkeitsgesetz hatte zwar in den ersten fünf Jahren der Commonwealth die zollfreie Einfuhr von 200 000 Tonnen Kokosöl nach den Vereinigten Staaten sichergestellt. Im gleichen Jahr aber noch wurde durch den Revenue Act vom 10. 5. 1934 auf die Herstellung von Kokosöl sowohl auf den Philippinen als auch in den Vereinigten Staaten eine Produktionssteuer in Höhe von 3 Cents pro Pfund gelegt und dadurch die Konkurrenzfähigkeit des Öles mit Baumwollsamenöl und aus anderen Ländern eingeführten Fetten gemindert. Die für die gleiche Zeit zollfrei zugelassene Menge von Seilerwaren wurde durch den Cord-

age Act vom 10. 6. 1935 verdoppelt. Es sieht das nach einem besonderen Entgegenkommen der Vereinigten Staaten aus. Das ist aber in Wirklichkeit nicht der Fall. Denn als die Daten für die Tydings-McDuffie-Akte festgesetzt wurden, war gerade die größte Seilerwarenfabrik der Philippinen durch ein Schadenfeuer weitgehend zerstört worden und deshalb außer Betrieb. Man ging daher bei der Bestimmung der zollfreien Menge von einer falschen Produktionsziffer aus. Nachdem das ausgefallene Werk die Arbeit wieder aufnahm, verbesserte man nun zwar die ursprünglichen Werte, verbot aber völlig jede weitere diese Menge überschreitende Einfuhr. Und schließlich hat auch noch die Internationale Zuckerkonferenz in London im Jahre 1937 mitgeholfen, die wirtschaftlichen Arbeitsmöglichkeiten der Commonwealth einzuengen. Sie bestimmte nämlich, daß die Philippinen solange keinen Zucker an andere Länder verkaufen dürfen, als die Vereinigten Staaten die in der Tydings-McDuffie-Akte genannte Menge zollfrei zulassen. Nur eine Zunahme des Welteinkaufes sollte den Philippinen einen kleinen Sektor des Weltmarktes öffnen (4 v. H. der Zunahme). Daß dieser Fall eintrat, war nicht zu erwarten. Für die philippinische Zuckerproduktion bedeutete dies, daß sie sich praktisch erst von 1941 an mit dem Einsetzen der usamerikanischen Zölle auf philippinische Waren nach anderen Abnehmerländern umsehen konnte, ihr tatsächlich also nur fünf Jahre verblieben, um sich auf völlig neue Abnehmer umzustellen.

Diese dauernden neuen und die Bestimmungen der Tydings-McDuffie-Akte teilweise außer Kraft setzenden Eingriffe ließen auf den Philippinen gar keine stetige, weitschauende und planende Arbeit zu. Man mußte immer in der Angst leben, durch neue Willkürakte des usamerikanischen Kongresses noch mehr gehemmt zu werden.

Allen einsichtigen Filipinos war schon bei der Gründung der Commonwealth klar, daß sie unter den obwaltenden Bedingungen niemals einen wirtschaftlich lebensfähigen selbständigen Staat gründen konnten. Die verantwortlichen Persönlichkeiten hofften eben auf die Einsicht der usamerikanischen Regierung. Man wurde nicht müde, immer wieder die Unhaltbarkeit der wirtschaftlichen Bedin-

gungen des Unabhängigkeitsgesetzes zu betonen. Quezon und seine Mitarbeiter haben das wiederholt sowohl dem usamerikanischen Hochkommissar auf den Philippinen als auch dem Präsidenten Roosevelt gegenüber getan. So wenig man sich aber früher bei der Aufstellung der beiden Unabhängigkeitsakte durch philippinische Einwände und Bedenken irgendwie beeinflussen ließ, ebensowenig kümmerte man sich jetzt um diese Notrufe. Man stellte den Filipinos anheim zu erklären, daß sie einen unabhängigen Staat zu führen nicht imstande seien und erwartete ihre Bitte um Widerruf der Tydings-McDuffie-Akte.

Da trat jene Änderung in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ein, die wir als Rückkehr Roosevelts vom Isolationismus zum Imperialismus bezeichnen. In Wirklichkeit aber hatte der nordamerikanische Präsident sein Land nur vorübergehend unter dem Druck übergroßer innerer Schwierigkeiten aus der Weltpolitik gelöst und dem Manöver mit den Philippinen zugestimmt. Er ist im Grunde seines Herzens Imperialist und ist dies auch während seiner ersten Amtsperiode geblieben. Hätte er ehrlichen Herzens die Freigabe der Philippinen gewollt, so hätte man eine Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen der Tydings-McDuffie-Akte, zumindest aber die Zulassung einer Abstimmung am Ende der Übergangszeit erwarten dürfen. Sobald aber seine innerpolitische Stellung eine Rückkehr zur aktiven Außenpolitik erlaubte, ja z. T. sogar forderte, nahm er die Möglichkeit sofort wahr. Als ersten Schritt zur Wiederaufnahme der alten Ostasien-Politik der Vereinigten Staaten und nicht als ein Entgegenkommen den Filipinos gegenüber müssen wir seinen Entschluß zur Überprüfung der philippinisch-amerikanischen Handelsbeziehungen vom Februar 1937 ansehen. Das zeigte dann eindeutig seine Reaktion auf den Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke im gleichen Jahre und seine zunehmende scharfe Opposition gegen Japans kontinentale Politik.

Als das Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs seine Arbeit aufnahm, wurde diese von einer persönlichen Empfehlung Roosevelts begleitet. Er schlug darin vor, die für die Anpassung der philippinischen Wirtschaft an die neuen Verhältnisse

auf zehn Jahre festgesetzte Übergangszeit auf fünfundzwanzig Jahre auszudehnen[1]). Im Einverständnis mit dieser präsidialen Empfehlung legte dann das Committee nach einjähriger Arbeit folgende Vorschläge vor:

1. Die Übergangszeit wird von 10 auf 25 Jahre verlängert. Sie endet am 3. Dezember 1960.
2. Anstatt der ansteigenden Zölle sollen die in den ersten 5 Jahren zollfrei zugelassenen Mengen vom 1. 1. 1941 an alljährlich um 5 v. H. vermindert werden.
3. Nur für Zucker und Seilerwaren sollen die vorgesehenen steigenden Zölle in Form von Exportabgaben beibehalten werden[1]).

Wie überraschend schnell doch die usamerikanische Regierung und die usamerikanischen Sachverständigen ihre Meinung zu ändern imstande waren! Wenige Jahre zuvor hatte man bei der Inkraftsetzung der Tydings-McDuffie-Akte alle philippinischen Hinweise auf die unausbleiblichen katastrophalen Auswirkungen der wirtschaftlichen Bedingungen übergangen. Nun aber war man plötzlich von der Aufrichtigkeit und Richtigkeit der philippinischen Feststellungen überzeugt und erklärte selbst, daß bei Einführung der Exportabgaben die meisten für den Export arbeitenden philippinischen Betriebe noch vor dem 4. Juli 1946 unrentabel werden würden.

Wir haben oben schon die wahren Gründe für diesen Wandel angedeutet. Der seinerzeitige Hochkommissar der Vereinigten Staaten in Manila Paul V. McNutt hatte sie noch während der Arbeit des Joint Preparatory Committee unzweideutig ausgesprochen. Er empfahl in einer Rundfunkansprache aus Washington, wo er gerade zu wichtigen Aussprachen mit dem Präsidenten weilte, im Auftrage Roosevelts[2]) am 15. März 1938 dem usamerikanischen Volk „a realistic re-examination“ („eine realistische Überprüfung“) des gesamten Philippinenproblems. Geben wir die Philippinen frei, so rief er, dann verlieren wir „our voice in Oriental

---

[1]) Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs, Report of May 20, Washington 1938, Bd. I, S. 161 ff.

[2]) Philippine Magazine, Vol. XXXV, Manila 1938, S. 175.

diplomacy. We leave a barrier reef of islands from Kamtschatka to Borneo . . . which . . . in foreign hands will block our trade and intercourse with China . . . will solve the issues of the freedom of the seas and freedom of the air . . . unfavorably to us . . . The Philippine problem has broadened to become a part of a greater Oriental problem . . . As long as our flag flies there, the Philippines will be the cornerstone of peaceful reconstruction in the Far East . . . Certainly the Philippines is an outpost, and a distant one in miles. But to day it is only five days by trans-Pacific clipper. The Philippines is an outpost of decency and peace; the only safe outpost for Christianity in the Orient; the only outpost for Americanism in the Orient" (. . . dann verlieren wir „unsere Stimme in der Fernostpolitik. Wir geben eine Inselschranke von Kamtschatka bis Borneo auf, welche sich in fremder Hand als eine Blockierung unseres Handels und Verkehrs mit China auswirken . . . und die Fragen der Freiheit der Meere und der Freiheit des Luftverkehrs in einem für uns ungünstigen Sinne lösen wird . . . Die Philippinen-Frage hat sich erweitert und ist zu einem Teil des umfassenden Fernost-Problems geworden . . . Solange unsere Flagge dort weht, werden die Philippinen der Eckpfeiler friedlichen Aufbaues im Fernen Osten sein . . . Gewiß sind die Philippinen ein Außenposten und zwar ein nach Meilen gerechnet sehr entfernter; heute aber sind sie durch den transpazifischen Clipper-Flugdienst nur fünf Tage entfernt. Die Philippinen sind ein Stützpunkt der Gesittung und des Friedens; der einzig sichere Stützpunkt für das Christentum im Fernen Osten, der einzige Stützpunkt des Amerikanertums im Fernen Osten")[1]). Man dachte also schon damals an höchster Stelle gar nicht mehr an die Errichtung eines selbständigen philippinischen Staates und zeigte deshalb auch plötzlich Interesse an den Sorgen der Filipinos.

Auch der Kongreß der Vereinigten Staaten hat diesem Wandel in der Auffassung der obersten Regierungsstellen 1939 durch Anfügung einiger Zusätze zur Tydings-McDuffie-Akte Rechnung getragen. Man folgte dabei der Empfehlung des Joint Preparatory

---

[1]) Philippine Magazine, Vol. XXXV, Manila 1938, S. 175.

Committee und ersetzte die steigenden Zollsätze im zweiten Jahrfünft der Übergangsperiode durch sinkende, aber zollfreie Warenquoten. Die steigenden Ausfuhrabgaben hatte man nur für Zucker und Seilerwaren aufrechterhalten. Hanf und Kopra durften weiterhin in unbegrenzten Mengen zollfrei nach den Vereinigten Staaten eingeführt werden. Die vorgeschlagene Verlängerung der Übergangszeit bis zum Ende des Jahres 1960 hatte man jedoch abgelehnt. Nach wie vor sollten demnach die Philippinen am 4. Juli 1946 freigegeben werden, vom gleichen Tage an aber auch die vollen Zölle auf philippinische Waren erhoben werden.

Diese Regelung erwies sich in Anbetracht der bis dahin erfolgten weiteren politischen Entwicklung in Ostasien für die Vereinigten Staaten günstiger als der ursprüngliche Vorschlag des Komitees, weil dadurch die Filipinos in einer politisch sehr bewegten Zeit zur endgültigen Entscheidung über ihre Zukunft hätten gezwungen werden können. Eine Konferenz zur Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen für die Zeit nach 1946 war bereits für das Jahr 1944 vorgesehen. Da die Filipinos ihre Wirtschaft bis zu diesem Zeitpunkt nicht hätten umstellen können, wäre es den Vereinigten Staaten sicherlich ohne große Schwierigkeiten gelungen, die ihnen genehme politische Entscheidung über die Philippinen herbeizuführen.

USA, die Philippinen und Ostasien

Die Philippinen sind ein Brückenland zwischen dem Osten und dem Süden Asiens. Von ihren nördlichsten Vorposten kann man bei klarem Wetter schon die hohen Berge des japanischen Formosa sehen. Zum chinesischen Festland sind es von der Nordwestecke der Hauptinsel nur etwa 800 Kilometer, und nach Hongkong fahren heute die modernen Passagierdampfer vom Welthafen Manila aus in 35 Stunden. Im Süden tasten sich ihre weitvorgeschobenen Inselketten an Borneo und Celebes heran und stellen über diese Inseln die Verbindung mit den reichen Sunda-Inseln her. Mit einer Längenerstreckung von über 1800 Kilometern sperren sie in breiter Front den offenen Pazifik vom Südchinesischen Meer ab und decken nach Osten und Nordosten die reichen und weltwirtschaftlich wichtigen Gebiete Indonesiens und Malayas mit Singapore als Mittelpunkt und wehrhafter Pforte an der engen Malakka-Straße. Aus diesem Raum bezogen die Vereinigten Staaten alljährlich riesige Mengen von Gummi, Zinn, Tee und anderen Gütern. An Kaufkraft übertraf aber Ostasien bei weitem diese tropischen Rohstoffgebiete Südostasiens. Erst wenn man die Philippinen in diesem größeren Raumverband Ost- und Südasiens sieht, tritt ihre Bedeutung als Stützpunkt der Vereinigten Staaten in einem Gebiet mit gewaltigen Rohstoff- und Kaufkraft-Reserven und einer Bevölkerung von 650 Millionen Menschen so richtig hervor. Die Politik der Vereinigten Staaten den Philippinen gegenüber, insbesondere ihre Einstellung zu den philippinischen Unabhängigkeitsbestrebungen war immer eingebaut in ihre große fernöstliche Politik.

Nordamerikas Interesse an den Ländern im Osten Asiens ist so alt wie die Union. Sogleich nach deren Gründung nutzten die

Neuenglandstaaten die jung entdeckte Wirtschaftsspannung zwischen den menschenarmen, aber pelzreichen nordwestamerikanischen Küstenländern und China. Dort wurden Pelze und Sandelholz gegen Tee eingetauscht, für das mitgebrachte Silbergeld Seide und Chinawaren aller Art gekauft und die wertvollen Güter dann auf der Westfahrt nach Europa und in die eigene Heimat gebracht. Als die Handelsbeziehungen zwischen den Gegenküsten des nordpazifischen Ozeans über das Pionierstadium hinaus gediehen waren, besaßen die Kaufleute und Reeder aus Boston und Salem, Philadelphia und New York bereits die Führung im transpazifischen Handelsverkehr, die die Vereinigten Staaten bisher auch nicht mehr abtraten.

Im chinesischen Außenhandel, der damals nur über Kanton ging, führten die Engländer. In bald offenem, bald verstecktem Kampf schalteten sich die nordamerikanischen Reeder und Kaufleute ein. Die ganze Frühzeit der Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Ostasien ist erfüllt vom Gegensatz der englischen und usamerikanischen Handelsleute. Wo es zwischen Engländern und Chinesen zu bewaffneten Auseinandersetzungen kam, verhielten sich die Amerikaner neutral, nutzten aber die Gunst des Augenblicks zur Ausweitung des Handels, um sich nach Beendigung des Konfliktes von den Chinesen die dem Sieger gemachten Zugeständnisse ebenfalls zubilligen zu lassen. So ist der Vertrag von Wanghia eigentlich nur eine Kopie des Nanking-Vertrages. Auch am Opiumhandel beteiligte man sich, obgleich man das heute nicht mehr wahrhaben will und die Alleinschuld gerne den Engländern überläßt. Präsident Tyler, der erste Imperialist im Weißen Haus, entwarf ein bewußt falsches Bild vom usamerikanischen Chinahandel, wenn er am 12. Juli 1843 in einer Botschaft an den Kaiser von China schrieb: „The Chinese love to trade with our people and to sell them tea and silk, for which our people pay silver and sometimes other articles“ („Die Chinesen treiben gern Handel mit uns und verkaufen uns Tee und Seide, wofür wir mit Silber und zuweilen auch mit anderen Waren zahlen“). Tatsächlich aber bezahlten die Neuengländer zumeist in Waren. Und darunter befanden sich erhebliche Opiummengen. Noch 1857, also einige Jahre

nach dem Opiumkrieg, entfiel in Schanghai ein Fünftel der Opiumeinfuhr auf usamerikanische Schiffe. Den Abschluß der ersten Phase des Wirkens der Vereinigten Staaten im Stillen Ozean bildete die „Öffnung Japans“.

Dann folgten Jahrzehnte, die erfüllt waren von innerpolitischen Auseinandersetzungen, aber auch von einem gewaltigen wirtschaftlichen Ausbau der zum Zweiozeanreich gewordenen, früher rein atlantischen Union. Man vergaß darüber den Pazifik und Ostasien nicht. Dafür sorgten schon Männer wie Pierce und Seward, die als Vorläufer der großen Imperialisten um die Jahrhundertwende gelten dürfen. Sie vermochten aber damals noch keine großen Entscheidungen herbeizuführen. Die Vereinigten Staaten waren eben in jener Zeit noch zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Die Erwerbung Alaskas im Jahre 1867 durch Kauf von Rußland wirkt rückschauend wie eine Episode. Die neunziger Jahre aber brachten dann die große Wandlung. Nun fühlte man sich stark genug zum Vorstoß über die eigene Hemisphäre hinaus. Sicherung des chinesischen Marktes für nordamerikanische Waren hieß auf wirtschaftlichem Gebiet das Ziel der pazifischen Politik der Union. Dort aber waren gerade die europäischen Mächte dabei, sich festumrissene Anteile zu sichern. Da man ihnen nicht mehr zuvorkommen konnte, hieß es, sich gegen sie durchzusetzen. Im politischen Gesamtbild jener Zeit gesehen entsprang daher der Vorstoß über den Stillen Ozean in erster Linie dem Streben, sich bei der seit dem chinesisch-japanischen Krieg vorbereitenden Aufteilung Chinas in Interessensphären eine Sonderstellung zu verschaffen. Das ist den Vereinigten Staaten dann auch durch Beraubung der schwächsten europäischen Macht, die noch aus der Zeit der ersten kolonialen Aufteilung der Erde vor den Toren Ostasiens saß, gelungen. Vom sicheren Stützpunkt der Philippinen aus konnte man nun die Politik der Offenen Tür fordern und durchsetzen. Man muß sich wirklich fragen, woher die Vereinigten Staaten das Recht nahmen, europäischen Staaten die Besetzung gewisser Gebiete zu verbieten, während sie selbst gleichzeitig nur wenige hundert Kilometer von diesem politischen Schauplatz entfernt ein Land von der Größe Preußens raubten und die Bevölke-

rung gegen ihren Willen unterjochten. Tatsächlich entbehrte die von Staatssekretär John Hay in den Noten des Jahres 1899 angeregte Politik der Offenen Tür angesichts dieses Verhaltens der Amerikaner jeder moralischen Grundlage. Es handelte sich, um nicht deutlichere Worte zu gebrauchen, als es Professor L. M. Sears getan hat, um einen echten „Yankee bluff"[1]). Durch dieses Eintreten für die chinesische Unabhängigkeit gegen die Bestrebungen europäischer Mächte vermochten sich die Vereinigten Staaten die Freundschaft des alten Handelspartners zu sichern und die Handelsbeziehungen politisch zu untermauern. Der Eroberung der Philippinen und der Politik der Vereinigten Staaten in Ostasien um die Jahrhundertwende lagen also zu einem guten Teil antieuropäische Motive zugrunde. In den Reden, die damals im Kongreß gehalten wurden, klingt das auch immer wieder durch. Man betrachtete den Pazifischen Ozean jedoch nicht allein als eigenes Haupthandelsfeld und nahm deshalb in Ostasien besondere Rechte für sich in Anspruch, sondern sah im größten Meer der Erde auch den „amerikanischen Ozean" im politischen Sinne.

Japan, das heute Ostasien neu zu organisieren im Begriffe ist, stand damals noch ganz im Hintergrund. Zwar hatte es nach dem gewonnenen Krieg gegen China die Anerkennung Englands und der Vereinigten Staaten gefunden und bald auch vorübergehend einmal in der Hawaiischen Frage gegen die pazifischen Absichten der nordamerikanischen Union protestiert. Erst sein Sieg über Rußland, der seine überraschend große innere Kraft unter Beweis stellte, trug ihm jedoch die Großmachtwürde ein, zugleich aber auch das Mißtrauen und die Gegnerschaft der Vereinigten Staaten. Hatten diese bisher Japan gegen Rußland ausgespielt, so näherten sie sich nunmehr wieder Rußland. Und England gab, genötigt durch allerlei Hilfeleistungen der Vereinigten Staaten, noch vor dem Weltkrieg gelegentlich der Erneuerung seines Bündnisses mit Japan im Jahre 1911 durch Einschieben der bekannten Schiedsvertragsklausel seine Gleichgewichtspolitik

---

[1]) L. M. Sears, History of American Foreign Relations, S. 448 ff. (zitiert nach Fr. Schönemann, Die Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart 1932, Bd. I, S. 181).

im Stillen Ozean auf und überließ damit die politische Führung in diesem Großraum der Union. Der Weltkrieg brachte dann, obgleich beide Staaten in einer gemeinsamen Front gegen Deutschland standen, eine weitere Verschärfung der Gegensätze. Japan benutzte die Zeit der Fesselung Englands und später auch der Vereinigten Staaten im europäischen Krieg zum Ausbau seines Einflusses in China. Letztere haben damals sogar in dem Lansing-Ishii-Abkommen vom November 1917 ausdrücklich Japans besondere Interessen in China anerkannt. Nach dem Krieg aber hatte man dann Japan doch wieder um seine kontinentalen Erfolge gebracht und es auf der Konferenz von Washington, zu der die Vereinigten Staaten eingeladen hatten, auch politisch isoliert. England hatte inzwischen sein einstiges Bündnis unter dem Druck Kanadas und Australiens, hinter denen freilich die Vereinigten Staaten standen, aufgegeben.

Nur im Ozean draußen blieb der jungen Inselmacht als C-Mandat des Völkerbundes der einstige deutsche Südsee-Besitz nördlich des Äquators. Damit aber hatte sich die strategische Lage der Philippinen wesentlich geändert. Denn nun wurden diese im Osten von einem Kranz von Inseln begleitet, über denen das Sonnenbanner wehte. Amerikas Ost-West-Weg über den Ozean wurde von dem japanischen Südsee-Keil gekreuzt. Nur Guam blieb als einsamer Brückenpfeiler inmitten des japanischen Sektors. Aus eigensüchtigen Gründen hatte man damals bald den Ausschluß Deutschlands aus dem Stillen Ozean bedauert.

Die Abkommen von Washington brachten in Ostasien keine dauernde Entspannung. Japan suchte sich zwar zunächst durch eine großangelegte Exportoffensive zusätzlichen Lebensraum für seine überschüssige Bevölkerung zu verschaffen. Als aber auch dieser Versuch an den Zollmaßnahmen der alten Industrieländer und der von ihnen beherrschten Kolonialgebiete scheiterte, griff man gleichsam in einem Akt nationaler Notwehr zu den Waffen und sicherte sich 1932 durch den Vorstoß in die Mandschurei kontinentale Hilfsräume. Diese Tat rief aber sogleich die Vereinigten Staaten, die nicht daran dachten, ihren Führungsanspruch innerhalb des pazifischen Raumes und ihre Forderung nach völliger

Offenhaltung des chinesischen Marktes aufzugeben, auf den Plan. Der gegenwärtige Kriegsminister Stimson versuchte, die Unterzeichner des Neunmächteabkommens von 1922 zu einer gemeinsamen antijapanischen Front zusammenzufassen, durch die Japan zum Rückzug und zur Aufgabe seiner kontinentalen Absichten veranlaßt werden sollte. Die geplante Einheitsfront kam nicht zustande. Ohne Rücksicht auf die Erklärungen der Vereinigten Staaten und die von diesen 1932 verkündete Stimson-Doktrin formulierte Japan 1934 erstmals den Begriff der ostasiatischen Monroe-Doktrin und nahm im Juli 1937 den Kampf gegen das unter Tschiangkaischek geeinte China auf. Roosevelt, der schon vorher die Haltung seines Vorgängers gegen Japan gebilligt hatte, bekannte sich auch hier sogleich wieder zu der alten usamerikanischen These von der Politik der Offenen Tür. Aber auch die auf der Konferenz von Brüssel erneuerten Versuche zur Bildung einer Abwehrfront gegen Japan schlugen fehl. Nur wenige Monate nach dem Beginn des Chinakrieges hat Roosevelt dann in seiner Chicagoer „Quarantäne"-Rede vom Oktober 1937 nicht nur Frontstellung gegen Japan, sondern gegen alle autoritären Staaten bezogen und den Auftakt zum jetzigen Kriegskurs gegeben. Japan hat inzwischen große Teile Chinas besetzt, die ganze Küste unter seine Kontrolle gebracht und die fremden Handelsplätze entwertet. Was die Vereinigten Staaten in den Jahrzehnten ihrer Ostasienpolitik insgeheim immer erstrebt hatten, das trat jetzt ein: die europäischen Konkurrenten verließen den chinesischen Markt. Aber sie selbst wurden ebenfalls zurückgedrängt.

Hatten sie denn viel zu verlieren? China hat in Wirklichkeit die großen Hoffnungen, die man bei der Übernahme der Philippinen auf seinen aufsteigenden Markt gesetzt hatte, nicht erfüllt. Japan bezog in normalen Zeiten fünfmal mehr Waren von den Vereinigten Staaten als China, das selbst noch von den Philippinen mit ihren nur 15 Millionen Menschen übertroffen wurde. Nur 1,4 v. H. des Außenhandels der Vereinigten Staaten entfielen auf China. Machtpolitische Erwägungen waren die tragenden Pfeiler der nordamerikanischen Ostasienpolitik geworden. Bei der Weite des Stillen Ozeans konnte man aber seinen Forderungen nur

dann den nötigen Nachdruck verleihen, wenn man mit eigenen, über ausreichendes Hinterland verfügenden Stützpunkten in der Nachbarschaft des Schauplatzes vertreten war. Je mehr Japan aufstieg und der chinesische Markt die erwartete Bedeutung nicht erreichte, desto wichtiger wurde den Vereinigten Staaten die strategische Lage der Philippinen. Man sicherte sich deshalb auch in beiden Unabhängigkeitsverträgen militärische Stützpunkte selbst für die Zeit nach der Freigabe der Philippinen. Doch maritime Stützpunkte ohne ausreichenden Entfernungsschutz oder ausgedehntes Hinterland erwiesen sich immer mehr als von zweifelhaftem Wert. Die Machtpolitik der Vereinigten Staaten im Osten Asiens verlangte daher die Aufrechterhaltung ihrer Oberhoheit auf den Philippinen.

Im Verlaufe des chinesisch-japanischen Krieges hatte sich die militärische Lage der Philippinen noch weiter erheblich verschlechtert. Durch Besetzung der südchinesischen Küsten isolierten die Japaner das wehrstarke Hongkong und erzwangen sich in breiter Front den Zutritt zu dem verkehrs- und weltwirtschaftlich sowie militärisch so überaus wichtigen südchinesischen Meer, an dessen Ufern mit Ausnahme von Britisch-Indien all jene asiatischen Tropenländer liegen, die die angelsächsischen Großmächte für immer allein zu kontrollieren wünschten. Mit der Eroberung der Insel Hainan am 10. Februar 1939 schoben die Japaner ihre Südfront bereits bis in die Breite von Nord-Luzon vor. Schon sieben Wochen später wurde dann am 31. März 1939 das Sonnenbanner auf der schon weit südlich von Manila mitten im südchinesischen Meer gelegenen und nur 600 Kilometer von Britisch-Nord-Borneo entfernten Spratley-Insel gehißt. Die Niederwerfung Frankreichs im Westfeldzug hatte dann Japan gleichzeitig Tongking geöffnet und die enge militärische Zusammenarbeit eingeleitet, die japanische Streitkräfte bald bis nach Cochinchina führten. Vor Beginn des transpazifischen Krieges ragten die Philippinen wie ein Keil nach Norden, zu beiden Seiten flankiert von den Frontstellungen der Japaner im Ozean und auf dem Kontinent.

In dieser Lage dachten die Vereinigten Staaten trotz des näherrückenden Unabhängigkeitstermins weniger als jemals zuvor an Rückzug. Sie nutzten vielmehr Japans Streben nach Siedlungs-

land, Absatzmärkten und Rohstoffquellen, um den Filipinos ihren nördlichen Nachbarn als die größte Gefahr für ihr Land darzustellen und sie auch von dieser Seite her zu einer Aufgabe ihres Unabhängigkeitsstrebens zu bewegen und zum aktiven Einsatz für die nordamerikanische Sache in Ostasien zu veranlassen.

Schlußwort

Vier Jahrzehnte lang lebten die Filipinos unter usamerikanischer Herrschaft, drei Jahrzehnte lang versprach man ihnen die völlige Unabhängigkeit. Aber während man auf der einen Seite sie auf die Selbständigkeit vorbereiten zu wollen vorgab und sie auch tatsächlich in zunehmendem Umfange an die Verwaltung herangeführt hat, kettete man sie auf der anderen Seite durch Ausrichtung ihrer Wirtschaft auf die Vereinigten Staaten nur um so enger an das neue „Mutterland". Dieser Politik lag Absicht zugrunde. Und heute wissen wir es auch: Keine der bisherigen Regierungen der Vereinigten Staaten hat den Philippinen ernsthaft und ohne Hintergedanken die Unabhängigkeit gewähren wollen. Sie haben alle nur vertröstet, bestenfalls auf dem Gebiet der Verwaltung Zugeständnisse gemacht. Immer blieben die Philippinen eingebaut in die große ostasiatische Politik der Vereinigten Staaten als wichtigster militärischer und wirtschaftlicher Stützpunkt Nordamerikas vor den Toren Asiens.

Erst Japans Tat hat das philippinische Kapitel der usamerikanischen Außenpolitik abgeschlossen. Gleichzeitig öffnet Japan den Philippinen eine neue Zukunft. Nach mehrhundertjähriger Zugehörigkeit zu fremden Reichen kehren sie nunmehr mit fremder Religion, überhöhtem Lebensstandard, verfälschter Kultur und einer einseitig ausgerichteten Exportwirtschaft in ihre alte Raum-, Bluts- und Schicksalsgemeinschaft zurück. Wirtschaft und Kultur werden erhebliche Veränderungen erfahren, aber diese notwendige Umstellung wird den gewandten Filipinos zu ihrem Vorteil leichter fallen als manchen ihrer Nachbarn.

Zeittafel

21. 4. 1898	Die Vereinigten Staaten erklären Spanien den Krieg.
1. 5. 1898	Vernichtung der spanischen Flotte vor Cavite durch das Ostasiengeschwader der Vereinigten Staaten unter Commodore Dewey.
12. 6. 1898	Gründung eines unabhängigen philippinischen Staates durch General Emilio Aguinaldo.
18. 7. 1898	Waffenstillstandsersuchen Spaniens.
12. 8. 1898	Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages.
13. 8. 1898	Einnahme von Manila durch das Expeditionskorps der Vereinigten Staaten.
10. 12. 1898	Unterzeichnung des Friedensvertrages in Paris.
4. 2. 1899	Offener Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen der usamerikanischen Militärverwaltung und den Eingeborenen.
6. 2. 1899	Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Vereinigten Staaten.
23. 3. 1901	Gefangennahme Aguinaldos und Kapitulation der Eingeborenen.
4. 7. 1901	Einrichtung der Zivilverwaltung.
16. 10. 1907	Zusammentritt des ersten philippinischen Parlaments.
5. 8. 1909	Beschränkte Aufnahme des zollfreien Güteraustausches zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen.
3. 10. 1913	Beginn des unbeschränkten zollfreien Güteraustausches.
29. 8. 1916	Unterzeichnung der Jones-Bill durch Präsident Wilson.
1916	Zusammentritt des ersten philippinischen Senats.
1919	Die Regierung der Vereinigten Staaten verweigert den Filipinos das Selbstbestimmungsrecht.
1920	Wilson erklärt die Filipinos reif für die Unabhängigkeit.
17. 1. 1933	Annahme des Hawes-Cutting-Unabhängigkeitsgesetzes gegen das Veto des Präsidenten Hoover.
17. 10. 1933	Ablehnung des Hawes-Cutting-Unabhängigkeitsgesetzes durch die Filipinos.
24. 3. 1934	Unterzeichnung der Tydings-McDuffie-Unabhängigkeitsakte durch Präsident Roosevelt.
4. 7. 1946	Vorgesehener Freigabetermin nach der Tydings-McDuffie-Akte.
15. 11. 1935	Gründung der Commonwealth und Einsetzung der ersten Commonwealthregierung.
20. 5. 1938	Bericht des Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs.
1. 1. 1941	Beginn der Exportabgaben und der Abnahme der zollfreien Quoten.
1942	Die Vereinigten Staaten verlieren die Philippinen im Kampf mit Japan.

Neueres Schrifttum

Allen, James, S.: Agrarian Tendencies in the Philippines, Pacific Affairs 1938.

Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs, Report on May 20, Washington 1938, 4 Bände.

Kirk, Grayson: Philippine Independence, Motives, Problems, and Prospects, New York 1936.

Kolb, Albert: Die Philippinen. Leipzig 1942.

" ": Die Vereinigten Staaten und der Stille Ozean. Geographische Zeitschrift, Leipzig 1941.

Merril, Fr. T.: The Outlook for Philippine Independence. Foreign Policy Reports, New York, 15. 9. 1939.

Popper, D. H.: Creating a Philippine Commonwealth. Foreign Policy Reports, New York, 19. 12. 1936.

Roosevelt, N.: The Philippines, a treasure and a problem, New York 1933.